



SOS

für LeiterInnen und VolksschullehrerInnen!

Mit der Unterschriftenaktion „Rettet die Volksschule“ hat die FSG einen großen Erfolg erzielt.

Eigener Unterausschuss im Nationalrat

Infolge der bundesweit getragenen Aktion hat der österreichische Nationalrat einen eigenen Unterausschuss gegründet, in dem die Belastungsvielfalt der VolksschullehrerInnen thematisiert wird und Unterstützungsprogramme diskutiert werden. Spätestens der neue Finanzausgleich 2014 wird zeigen, wie viel die Volksschule der österreichischen Bildungspolitik wert ist. Die FSG wird wachsam und aktiv bleiben.

Eine Vorarlberger Direktoreninitiative nahm Thomas Bulant, Vorsitzender der FSG, zum Anlass, die Mitglieder der Wiener Leiter-ZAG bei ihrem Frühjahrsseminar zu ermuntern, sich solidarisch in allen Bezirken zu organisieren. **Ziel müsse eine Aktionsplattform sein, die sich der grenzenlosen Ausweitung des Aufgabenportfolios für LeiterInnen widersetzt.**

Im Rahmen der Begutachtung der LehrerInnenbildung Neu wurde Elmar Mayer, Bildungssprecher der SPÖ, seitens der FSG ersucht, den Ausschluss von

Hausarbeiten für die Anrechnung zum Bachelor of Education per Gesetz zu beenden.

Die bisherige Regelung, bei den Nachqualifizierungen Hausarbeiten Diplomarbeiten nicht

Kampf der Zweiklassengesellschaft!

gleichzustellen, beurteilt die FSG als künstliche Zweiklassengesellschaft. „Der Gesetzgeber ist 2012 den konservativen Kräften an Uni und PH auf den Leim gegangen“,

hielt Bulant in einer fraktionellen Sitzung des Unterrichtsausschusses fest. „Sozialdemokratische GewerkschafterInnen haben für Ständedünkel nichts übrig.“

Sind Wiener PflichtschullehrerInnen die „Trottel“ der Nation?

Der Bund veranschlagt für das kommende Schuljahr 1148 Stellen weniger als aus Sicht der Wiener Pflichtschulen nötig wären.

Die Kluft entsteht dadurch, dass der Bund bestimmte Maßnahmen wie die Sprachförderung oder die Sonderpädagogische Förderung deckelt. Den Stellenplanrichtlinien zufolge brauchen nicht mehr als 2,7 Prozent der Kinder sonderpädagogische Förderung.

Der Stadtschulrat kann jedoch belegen, dass 4,4 Prozent der Kinder eine solche Förderung erhalten. Auch im Bereich der Ganztagschulen gibt es eine Kluft zwischen Bedarf und zur Verfügung gestellten Ressourcen. Laut Stadtschulrat würde der Bund bei der Berechnung der

Planstellen nur mehr den Ausbau berücksichtigen, aber nicht die reale Anzahl an ganztägigen Schulen.

Das Ressourcendefizit hat zur Folge, dass in den Regelschulen weniger Stunden für Begleitleh-

aus. Kurz zusammengefasst: Der Bund spart, die Zeche haben die LehrerInnen zu bezahlen.

Dr. Susanne Brandsteidl, Präsidentin des Stadtschulrates für Wien, argumentiert, dass der Bund nachbessern und den Stellenplan auf die wahren Erfordernisse abstellen müsse.

Der Bund spart, die Zeche haben die LehrerInnen zu bezahlen.

Laut Thomas Bulant, dem FSG Vorsitzenden, müsse ein Stellenplan dafür sorgen, dass auch die LehrerInnen in den Ballungsräumen die Chance haben, die nötige Individualisierung durchführen und auf spezielle Schülerbedürfnisse eingehen zu können: „Wie sollen unsere Kids bei Bildungsstandards bestehen, wenn ihnen die Chancengleichheit verweigert wird?“

Red



1. Mai 2013. Wieder einmal der Feiertag der Arbeit.

Die Schlagzeilen: Marko Arnautovic erregt mit seiner Präpotenz auf niedrigem IQ-Level selbst die coolen Bremer und wird von seinem Brötchengeber in die Arbeitslosigkeit geschickt.

Die Einigung auf neue Lehrergehälter droht endgültig zu scheitern (Kurier). Deren Verhandler dürfen sich auf neue Spielrunden spätestens nach den Na-

tionalratswahlen einstellen. Oder wird aus einem Spiel doch noch eine sozialpartnerschaftlich getimte Konsensfindung?

Auch wenn nun seit mehr als 365 Tagen jeder Beistrich des Gesetzesentwurfes zu einem neuen Dienstrecht bearbeitet worden ist, ist dieses Schuljahr nicht nur von der unendlichen Besoldungsgeschichte, sondern von vielen Novellierungen der Schulgesetzgebung geprägt worden.

Lesen Sie mehr dazu auf Seite 3



Dienstrecht, bitte warten ...

Eine LehrerInnen-ausbildung für alle PädagogInnen. Kaum zu glauben. Ausbildung gefunden hat, ist betrüblich. Kein Experte, der an der Wichtigkeit der Arbeit in den Kindergärten zweifelt. Dort, so hört man vollmundig von PolitikerInnen, werde entscheidende Basisarbeit geleistet.

Was vor zig Jahren eine kleine Gruppe von Vordenkern am damaligen PI plante, wurde nun Realität.

Die gemeinsame Ausbildung ist deswegen begrüßenswert, weil dadurch endlich ein wichtiger Schritt für die Abschaffung der Ungleichbehandlung von PädagogInnen gesetzt wird.

Der vorgestellte Gesetzesentwurf enthält aber auch einige Wermutstropfen. Kaum präsentiert, jaulten die Besitzstandswahrer an den Universitäten auf. Man sei doch etwas Besseres...

Auch der Umstand, dass die Elementarpädagogik nicht den Weg in die gemeinsame

Alles nur Lippenbekenntnisse, wie sich herausstellt. Fürchtet man gar, die ElementarpädagogInnen verantwortungsdäquat bezahlen zu müssen?

Weshalb die Sonderpädagogik keinen Eingang in den Gesetzesentwurf hielt, ist ebenfalls unverständlich. SonderpädagogInnen nehmen in unserem System einen fixen Platz ein. Ihre wichtige Funktion muss auch in der Ausbildung manifestiert werden.

Schließlich wird die gemeinsame Ausbildung aber wenig nutzen, solange es kein gemeinsames Dienstrecht, keine faire Bezahlung für ALLE PädagogInnen gibt.

Es ist höchst an der Zeit, dass PflichtschullehrerInnen nicht mehr als LehrerInnen zweiter Klasse behandelt werden.

Es ist höchst an der Zeit, dass ein modernes Dienstrecht auch die Beziehungsarbeit, die wir täglich leisten, berücksichtigt.

Und es ist höchst an der Zeit, dass LehrerInnen von administrativen Zusatzaufgaben freigespielt werden.

Mehr und mehr gewinnt man aber den Eindruck, dass wieder einmal nicht nur um die Sache verhandelt wird. Der bevorstehende Nationalratswahlkampf wirft seinen Schatten voraus. Die Verhandlungen ziehen sich in die Länge – zum Leid der angehenden LehrerInnen.

Die Haube für diese Ausgabe ist gestrichen. Es muss weiter verhandelt werden. Ein neues, gerechtes, modernes Dienstrecht ist dringend notwendig!

Horst-E. Pintarich

Die Haube für diese Ausgabe ist gestrichen.

Inhalt

Sind Wiener PflichtschullehrerInnen die „Trottel“ der Nation?	1
H. Pintarich: Dienstrecht, bitte warten / Erfreulich - Unerfreulich	2
Th. Bulant: Nicht jede Reform erreicht ihr Ziel	3
Th. Bulant: Dienstrechtsverhandlungen: Die Verlierer stehen schon fest.	4
Horst-E. Pintarich: „Hätt i nur mehr Zeit für die Beziehung!“	5
Rudolf Beer: Provozierendes Lernen - Lernen provozieren	6
Andrea Masek: Meine Fragen zu Bildungsstandardtestungen	7
Daniela Rauchwarter: Geschenkannahme	8
Karl Masek: Was an Weana Schulleiter ollas ins Gmiad get	9
Elisabeth Tuma: Goodbye Sonderschullehrerin? Welcome Inklusion?	10
Markus Hauptmann: Aloha liebe Leidgenossinnen und Nussini!	11
Ruth Petz: PH Wien begrüßt PädagogInnenbildung NEU	12
Rosmarie Jeßner: Bildungsstandards fair für alle!	12
Silvia Breitsprecher: Who is Who in der FSG - Gottfried Winkler, VIDA	13
Brigitta Hawelka: Kinderbetreuungsgeld	14
Judith Balka: „Mangelware VolksschullehrerIn“	15
Reinhard Hartl: Macht[schule]theater - „Was soll denn das Theater?“	16
Astrid Donauer: Fotoroman „Projektwoche“	17
Sabine Prohaska: „Ein großer Erfolg für die PTS“	18
Andrea Masek: Wissen Sie noch, was am 13. März 2003 passierte?	19

Erfreulich

Eine gemeinsame Ausbildung für alle Lehrerinnen und Lehrer schafft das Ende der Zwei-Klassen-Gesellschaft in unserem Beruf. Es ist nicht einzusehen, weshalb Menschen, die das Gleiche tun, nämlich Kinder unterrichten, dafür unterschiedlich ausgebildet werden sollen. Es ist ein erster wichtiger Schritt zu mehr Gerechtigkeit.

Der zweite Schritt muss auf den Fuß folgen! Denn es ist auch nicht einzusehen, weshalb eine Gruppe für die selbe Tätigkeit mehr verdienen soll als die andere.

Das neue LehrerInnendienstrecht ist längst überfällig.

Unerfreulich

Der Dienststellenplan des Bundes deckt nicht den tatsächlichen Bedarf an LehrerInnen in den Bundesländern. Einige Länder springen selbst ein, um die Lücke zu stopfen. Wohin das führen kann, sieht man an der blau-orangen Finanzmisere in Kärnten.

Besonders Ballungsräume haben einen hohen Bedarf an zusätzlichen LehrerInnen für die unbedingt notwendigen Supportsysteme. Über den Finanzlandesausgleich ist der Bund aufgerufen seine Verantwortung wahrzunehmen.

Die Finanzministerin muss das Geld besser verteilen und das Aushungern des Bildungsbereiches stoppen.

IMPRESSUM:

Herausgeber: MMag. Dr. Thomas Bulant
 APS-FSG / Allgemeinbildende Pflichtschulen - Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
 ZVR-Nr.: 629774554/158750011 DVR-Nr.: 0805670
 Redaktion: Horst-E. Pintarich
 Grafisches Konzept und Layout: Walter Kienast
 Adresse: 1010 Wien, Schenkenstr. 4/5, Stock
 Tel.: 01-53 454/438, Fax: 01-53 454/455
 e-mail: office@apsfsg.at, Internet: www.apsfsg.at
 Hersteller: PG-DVS Druckerei Gerin, 1140 Wien, Holzhausenplatz 1, gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier (G-Print), empfohlen von GREENPEACE.



Ich bin Lehrer von Beruf

Gedanken von MMag. Dr. Thomas Bulant, Vorsitzender der FSG in der PflichtschullehrerInnengewerkschaft

Nicht jede Reform erreicht ihr Ziel

Vorwahlaktionismus gegen das Schulschwänzen

8 Uhr. Eigentlich sollte die Klasse vollständig sein, denn keine Entschuldigung ist eingelangt. Manche SchülerInnen haben jedoch „die Gleizeit“ eingeführt oder sich „Zeitausgleich für was auch immer“ genommen.

SchulleiterInnen können zwar bisher einen Strafantrag aufgrund der Verletzung der Schulpflicht stellen, doch geht diese Maßnahme als Konsequenz von erfolglosen Gesprächen mit den Erziehungsberechtigten und SchülerInnen zumeist ins Leere.

Ein erst kürzlich „ausgeschulter“ Staatssekretär macht der zuständigen Unterrichtsministerin den Vorwurf untätig zu sein. Die Koalition gerät in Unruhe und gebärt einen 5-Stufen-Plan gegen das Schulschwänzen. Schulförner Bürokraten jubeln, Schulleiter und Klassenvorstände fürchten die Unverhältnismäßigkeit des administrativen Aufwands zur Zielsicherheit der Maßnahmen.

Die Novelle zum Schulpflichtgesetz greift zu kurz.

Der 5-Stufen-Plan baut vor allem auf eine Gesprächskultur mit den Erziehungsberechtigten.

Jedoch gerade die betroffenen Familien entziehen sich immer öfters den Beratungen mit der Schule. Was in solchen Situationen zu tun ist, darauf gibt das Gesetz unzureichend Antwort.

Die meisten Fälle von Schulpflichtverletzungen werden durch die neuen Bestimmungen nicht einmal tangiert:

Ferien werden früher angetreten und später beendet. Es gibt Klassen, die in Feriennähe halb leer sind. Nicht das Schulpflichtgesetz, sondern die Preistabellen der Nebensaisonflieger sind zur Norm geworden. Wer sich durch eine Rechtsverletzung einen Vorteil verschafft, soll zahlen!

Ganz anders gestaltet sich die Situation bei Kindern, die mit einem schweren Rucksack aus der Familie in die Schule kommen. Strafen sind nun sinnlos, Sozialarbeit ist gefragt. Der 5-Stufen-Plan erhöht jedoch weder die Anzahl der Schulsozialarbeiter noch das Personal der Jugendämter. Die Schule wird weiterhin die Ursachen erheben und dann an ihrer Kompetenzgrenze am Schultor bzw. am Personal-mangel verzweifeln.

Die tägliche Turnstunde - ein Titel ohne Mittel

Mit dem kommenden Schuljahr sind die Spätfolgen der für Österreich desaströsen Spiele von London umzusetzen.

Täglich eine „Bewegungseinheit“! Hervorragend für alle Kinder, die täglich mit dem Auto in die Schule gebracht werden und ihr Taschengeld in eine Chips-and-Softdrink-Jause investieren.

Jedoch: Kein zusätzlicher Turnsaal, kein zusätzlicher Sportlehrer und keine Erhöhung der Anzahl der Unterrichtsstunden.

Die österreichische Schule ist wieder einmal gefordert, Mittel umzuschichten. Jedoch:

Wer das eine Loch stopft, reißt ein anderes damit auf.

5 Stufen-Plan bei Schulpflichtverletzungen gemäß § 24a SchPflG

wird ausgelöst aufgrund einer unentschuldigtem Abwesenheit von SchülerInnen im Umfang von 5 Tagen oder 30 Stunden im Semester bzw. von drei aufeinander folgenden Tagen.

Eine Stufe wird aktiviert, wenn die zuvor gesetzte Maßnahme (z.B. Verhaltensvereinbarungen) erfolglos gewesen ist. Zwischen den einzelnen Stufen sind Beobachtungsräume von zwei bis vier Wochen vorgesehen. Bei Bedarf dürfen diese Fristen auch verkürzt werden.

Stufe 1: Gespräch zwischen Klassenvorstand, Eltern und SchülerIn soll Ursachen ergründen und durch eine Vereinbarung weitere Schulpflichtverletzungen verhindern.

Stufe 2: Nach einem weiteren Gespräch zwischen KV, E und S schaltet die Schulleitung den hauseigenen Support oder schulpsychologischen Dienst für eine adaptierte Vereinbarung ein.

Stufe 3: Die lokale Schulaufsicht prüft mit KV, E und S die Einhaltung der Vereinbarungen.

Stufe 4: Nach einem weiteren Gespräch der Schulaufsicht mit KV, E und S wird der Jugendwohlfahrtsträger verständigt.

Stufe 5: Nach Wirksamkeitsprüfung aller gesetzten Maßnahmen stellt die Schulleitung bei der Bezirksverwaltungsbehörde den Strafantrag gemäß § 24, Abs. 4 Schulpflichtgesetz.

5 Stufen-Plan bei Schulpflichtverletzungen

Schulpflichtverletzung =

- ✗ Fünf Tage bzw. 30 Stunden unentschuldigtes Fehlen pro Semester
- ✗ Drei unentschuldigte Fehltage hintereinander



Stufe I Gespräch Eltern-Schüler-Lehrer

↓ Überprüfung nach max. 4 Wochen – wenn kein Erfolg

Stufe II Einbindung der Schulleitung, Beratung z. B. durch Schulpsychologen

↓ Überprüfung nach max. 4 Wochen – wenn kein Erfolg

Stufe III Einbindung der Schulaufsicht

↓ Überprüfung nach max. 2 Wochen – wenn kein Erfolg

Stufe IV Einbindung der Jugendwohlfahrt

↓ Überprüfung nach max. 4 Wochen – wenn kein Erfolg

Geldstrafe bis zu 440 Euro

Grafik: © APA, Quelle: APA/BMUUK



Dienstrechtsverhandlungen - Die Verlierer stehen schon fest

Nach einem Jahr Textanalyse schauen alle Beteiligten paralysiert wie das Kaninchen vor der Kobra auf die vorgeschlagene Lehrverpflichtung von 24 Stunden.

Der Regierung ist es nicht gelungen, den Vorwurf, mit dieser Lehrverpflichtung einsparen zu wollen, zu entkräften. Und die Gewerkschaft hat es nicht geschafft, gemeinschaftlich der Regierung Gegenentwürfe zu präsentieren. Da die FSG die Gewerkschaft als eine offensive Organisation versteht, hat sie drei Lösungsszenarien für die stockenden Gespräche eingebracht:

1. Unter die Lehrverpflichtung von 24 Stunden wird nicht nur die Unterrichtsleistung, sondern auch die Beziehungsarbeit in Form einer Tutoring-Stunde subsummiert.

2. JunglehrerInnen haben in den ersten fünf Jahren eine geringere Lehrverpflichtung, damit sie den Einstieg in ihren verantwortungsvollen Beruf bewältigen und gleichzeitig ihre Masterstudien abschließen können. Eine Reduktion der Unterrichtsverpflichtung für alle LehrerInnen ab dem 50. Lebensjahr wäre eine wichtige Maßnahme, wie die steigende Anzahl von reduzierten Lehrverpflichtungen belegt.

3. Die Schulsozialarbeit und die Administration durch LehrerInnen werden solange in die Lehrverpflichtung eingerechnet, bis Bund und Länder ihren Schulen das notwendige Supportpersonal zur Verfügung stellen. +++

Anfang Mai, als ich diese Zeilen schrieb, war klar, dass es ohne Kompromiss keine neuen Gewinner geben wird.

Ohne eine Einigung sind zwei Verlierer jedoch sicher: JunglehrerInnen, die weiterhin geringe Anfangsgehälter haben werden, und PflichtschullehrerInnen, die ihrer hohen sozialen Verantwortung mit der höchsten Lehrverpflichtung bei geringstem Gehalt auch in Zukunft gerecht werden müssen.

SQA als

„Spielwiese für müde Krieger“

„Schulqualität Allgemeinbildung“ wird mit dem 1. September flächendeckend starten. Die Schulentwicklung wird gerade in Wien dadurch nicht neu erfunden werden. Das Aufgabenportfolio der LeiterInnen und LehrerInnen erhält jedoch einen neuen Fixstern.

Der All-inclusive-Vertrag verlangt von jeder SchulleiterIn, die pädagogische Leitung und die dem Schulerhalter genehme Administration in sich zu vereinen.

Sich selbst unterstützt die SchulleiterIn als Sekretärin, Telefonistin, Qualitätsbeauftragte und Haustechnikerin.

Neben der Zeitvernichtung durch Tätigkeiten, für die LeiterInnen auf Grund ihrer Ausbildung überqualifiziert sind, werden sie beauftragt, das schulische Datensystem zu warten, sozialwissenschaftliche Analysen zu betreiben, P.R.-Konzepte zu entwickeln und die Schule nach modernen Managementgrundsätzen zu führen, ohne zum Informatiker, Soziologen, Kommunikationswissenschaftler oder Betriebswirt jemals ausgebildet worden zu sein.

In jeder anderen Berufssparte ist ein solches Konglomerat an Aufgabenstellungen undenkbar, wenn Qualität mehr als ein leeres Wort sein soll. Natürlich sind solche Beschreibungen gefährdet, als populistische Überzeichnung verunglimpft zu werden, denn es handelt sich doch nur um ein „bisschen Datensicherung“, ein „bisschen Schulprogrammentwicklung“, ein „bisschen Evaluieren“. Und nun noch „ein bisschen SQA“.

Wer oder was wird im Schulteam zu kurz kommen, wenn gleich viel Personal ein Mehr an Aufgaben zu bewältigen hat?

Der nächste Regierungsaktivismus kann schon eingeplant werden, sobald das Defizit erkannt worden ist.

SQA ist ein gutes Projekt, wäre da nicht die Bewältigung des Schulalltages.

Die neue LehrerInnenbildung ist keine gemeinsame Hochschule für alle pädagogisch Tätigen

Der vorliegende Gesetzesentwurf ist der erste Paradigmenwechsel in der Ausbildungsfrage seit dem 19. Jahrhundert.

Es ist positiv, dass LehrerInnen nicht mehr für eine Schulart, sondern für eine Altersgruppe ausgebildet werden sollen. Mittels Kooperationen zwischen PH und Universität sollte ein „Konzert der ersten Geigen“ eine masterwertige Ausbildung für alle gewährleisten.

Das geplante gemeinsame Haus der LehrerInnenbildung hat jedoch weiterhin seine Schrebergärten. Der Unterschied in diesen: Art und Anzahl der Gartenzwerges sind für die Pädagogischen Hochschulen reglementiert, die Universitäten behalten ihre Autonomie.

Nicht die Pädagogik allein bestimmt das Berufsbild. Das Fachstudium ist nicht Mittel, sondern bleibt Ziel.

Enttäuschend ist, dass der Gesetzesentwurf die

VolksschullehrerInnen durch die verkürzte Dauer ihres Masterstudiums von allen anderen Schularten trennt. Das ist für die wichtigste LehrerInnengruppe im Schulbereich ein Rückschritt um ein Vierteljahrhundert, als VolksschullehrerInnen nur 4 Semester lang ausgebildet und mit L2a1 besoldet wurden.

Die Elementarpädagogik ist im Gesetz nicht als die wichtigste Bildungseinrichtung für Kinder erkennbar und Kinder mit besonderen Bedürfnissen müssen in Zukunft auf die Kompetenz von Sonder- und Heilpädagogen verzichten, weil man die „Inklusive Pädagogik“ als Werte- und Grundhaltung mit einer Kompetenz verwechselt hat.

Unseren Parlamentariern können wir nur „Vorwärts“ zurufen, damit sie im Juni unsere praxisrelevanten Einsprüche zum Maß ihrer Entscheidungen machen.



„Hätt i nur mehr Zeit für die Beziehung!“ Ein Blick auf die Hattie-Studie und ihre Alltagsrelevanz

In den letzten Wochen machte die Hattie-Studie die Runde durch die Medienlandschaft und ließ manchen Pädagogen etwas verwirrt zurück.

Eigentlich ist die Hattie-Studie ja nichts Neues, aber Hatties Buch *Visible learning* ist soeben ins Deutsche übersetzt worden und somit auch für deutschsprachige Journalisten lesbar, wenn auch nicht immer verständlich.

In seiner Studie untersuchte Hattie viele Studien, um den Stein der Weisen (zumindest in der Pädagogik) zu entdecken. Britische Medien ließen sich sogar zu einem Vergleich mit der Entdeckung des Heiligen Grals hinreißen.

Hattie untersuchte viele Studien, um herauszufinden (ob er es hat, sei dahingestellt), was erfolgreiches Lernen ausmacht. Und da entschlüsselte er den Schüler/die Schülerin als zentralen Faktor.

Die Selbsteinschätzung des eigenen Leistungsniveaus landete auf Rang eins der insgesamt 138 Faktoren. Zu einer gelungenen Selbsteinschätzung gelangt ein Jugendlicher natürlich durch das Feedback der Lehrperson, die somit eine entscheidende Position

beim erfolgreichen Lernen einnimmt.

Als heiliger Gral könnte die Beziehung zwischen Lehrendem und Lernendem bezeichnet werden, eine Beziehung, die über Erfolg und Misserfolg entscheidet.

Zweifelsohne liefert Hattie viele interessante Aspekte, wenngleich die Bedeutung der Beziehungsarbeit nicht wirklich überraschen

Die Beziehung zwischen Lehrendem und Lernendem entscheidet über Erfolg und Misserfolg!

kann. Einige Punkte würden sogar für eine genauere Betrachtung lohnen (Gesamtschule) und könnten neue Blickwinkel in die Bildungsdiskussion einbringen.

Das ist uns in unserem kleinen Land, wo alles einfach und verständlich sein soll, zu kompliziert.

So hat nach Hattie die finanzielle Ausstattung einer Schule nur wenig Einfluss auf den Wissensgewinn ihrer Schüler. Bin gespannt, wann wir aus dem Finanzministerium hören, dass es bald noch weniger Geld für die Schulen gibt.

Die Klassengröße als Kriterium landete gar nur auf Rang 106. Möglicher Trugschluss: zu-

wenig Lehrer, zuviele Kinder, weg mit der Zahl 25. Laut Studie eh wurscht.

Auch zahlreiche pädagogischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte nehmen keine Plätze im vorderen Feld der Kriterien ein. Und schon hört man konservative Kräfte nach dem Unterricht der 60er im vorigen Jahrhundert lechzen. Wozu noch Offenen Unterricht anbieten? fragen die Verkürzer. Hände auf den Tisch und stumm wie ein Fisch!

Dass die Beziehung zwischen Lernendem und Lehrendem eine entscheidende Bedeutung hat, ist eine Tatsache. Nun wäre es aber interessant zu analysieren, wie man zu so einer guten Beziehung kommt.

Beziehung benötigt Zeit. Mit der Dame vom Einwohnermeldeamt werde ich, obwohl sie vielleicht ganz nett ist, nie eine Beziehung haben. Da fehlt uns einfach die Zeit während des hastigen Ausfüllens des Meldzettels.

Wie bekommt man Zeit für die SchülerInnen, um eine tragfähige Beziehung aufbauen zu können?

Gut wäre Teamarbeit. Denn dadurch hat man mehr Zeit, sich um die einzelnen Schüler zu kümmern, weil nicht alles an einem hängen bleibt.

Gut wären weniger SchülerInnen in der Klasse, denn dadurch bleibt einfach mehr Zeit für jeden Anwesenden.

Gut wären mehr Supportsysteme. Kinder mit besonderen Bedürfnissen hätten dann besser Gelegenheit sich mit ihren Problemen jemandem anzuvertrauen.

Gut wären mehr finanzielle Mittel. Geld für Renovierung, Adaptierung und Ausbau von Schulgebäuden belegt die Wertschätzung gegenüber den SchülerInnen.

Gut wäre, die LehrerInnen zu motivieren. Denn ohne Motivation kann auch die Beziehungsarbeit nicht gelingen.

Es ist gewiss purer Zufall, dass die Verkürzer die Schlagzeilen, nicht aber den Inhalt just zu jener Zeit auf die Titelseiten bringen, als die Verhandlungen über das neue LehrerInnendienstrecht in eine kritische Phase gelangen.

Ein Schelm, der dabei Böses denkt?

hep





Provozierendes Lehren – Lernen provozieren

Lernen geht vom Individuum aus. Es ist ein Prozess der Weltaneignung. Die Lernenden sind die Akteure. Lehrerinnen und Lehrer begleiten diesen Aneignungsprozess professionell. Doch Lehren bewirkt nicht automatisch Lernen. Erfolgreiche Lehrer/innen provozieren Lernen.

Störung der Wissens-/Könnenshomöostase: Werden alle Herausforderungen mit den aktuellen Wissens- und Könnensbeständen gelöst, so ist Lernen nicht notwendig. Stört nun beispielsweise eine Lehrperson dieses Gleichgewicht zwischen Können und Anforderung (Problemstellung) entsteht ein Sog diesen Anforderungen gerecht zu werden. Lernen wird provoziert.

Irritation der gewohnten Denkwege: Das Gehen auf bekannten Denkwegen reduziert die Komplexität, Schemata werden erkannt und mit Routinen beantwortet. Gezieltes Verunsichern (produktives Verunsichern)¹ durch Lehrende setzt Reflexionsprozesse in Gang. Neue Reiz-Reaktions-Handlungen werden entwickelt.

An die Grenzen des Denkparadigmas führen: Denkparadigmen sind Konstrukte bzw. hilfreiche Modelle der Welt. Diese haben aber meist nur eine beschränkte Gültigkeit, erlauben nur eine Sicht auf die Wirklichkeit. Nur eine begrenzte Zahl von Problemen lässt sich auf Basis eines Paradigmas lösen. Inhomogenitäten² offenbaren Grenzen ihrer Brauchbarkeit. Werden Lernende nun an die Grenzen der Modelle geführt, revolutioniert sich auch ihr Denken. Grenzen können überschritten, Denkprozesse angeregt werden.

Infragestellen von Regeln:³ Neues entsteht oft erst durch das Hinterfragen bzw. das Ignorieren von »Denk«-Regeln. Das Verlassen von tradierten Positionen ermöglicht neue Perspektiven auf Problemstellungen und eröffnet neue Lösungsansätze und geht mit Verhaltensänderungen des Einzelnen, also individuellem Lernen, einher. Innovative Lehrkräfte erkennen kreative Ansätze, lassen diese zu, belohnen sie bzw. provozieren diese im besten Fall.

Die Schwelle zwischen Wissen und Nichtwissen bzw. Können und Nichtkönnen aufsuchen: Lernprozesse schreiten dann am zügigsten voran, wenn Lernimpulse an eben diesen Schwellen gesetzt werden. Aufgabenstellungen die gerade noch, oder gerade noch nicht mit dem bestehenden Wissens- und Könnensbeständen gelöst werden können, also Entwicklungsaufgaben eröffnen neue Lösungsschemata. Sind Aufgabenstellungen zu einfach (Unterforderung) werden lediglich Handlungsroutinen trainiert, sind die Herausforderungen zu hoch und abseits der individuellen Lösungsmöglichkeiten (Überforderung) bleiben sie bestenfalls völlig wirkungslos. Professionalisiertes, personalisiertes/individualisiertes, schulisches Lernen trifft diese Schwelle.

Die »Euchstachschen Röhren« zwischen Wissen und Können freilegen: Ein aktueller Kompetenzbegriff⁴ setzt bei kognitiven Fähigkeiten und Fertigkeiten an und fokussiert damit vordergründig auf Wissen und Können. Oft ist dieses akademische Wissen (als theoretisches Konstrukt) vom

Handlungswissen (einer erfolgreichen Praxis) abgetrennt, wird nicht als kommunizierendes Ganzes wahrgenommen. Eine provozierende Pädagogik stellt den Austausch zwischen Wissen und Können in Frage, regt ihn an und möchte die interindividuelle Diskussion im Individuum (=Reflexion) selbst nähren.

Menschen »verblüffen und erstaunen«: Oft steht das Verblüffende, das Erstaunliche am Anfang. Das Nachdenken über Phänomene darf auch durch ein Vordenken Lehrender eingeleitet werden, so wie das Nachforschen auch ein »hinten nach Erforschen« sein darf und Lernen auslöst. Menschen sind hierbei gleichermaßen Subjekt und Objekt in einem dialogischen Prozess⁵ des Lernens. Geben einander damit zu denken.

Lernförderliche Rückmeldung:⁶ Handeln ist immer auf einen Handlungszweck bezogen. Das Erreichen des Handlungszwecks steuert weitere Handlungsprozesse. Die Zielerreichung ebenso wie das Nichterreichen des Ziels ist die gewinnbringende Rückmeldung für erfolgreiches Handeln. Damit ist auch der Erkenntnisgewinn des Scheiterns unumstritten, da es uns dem Ziel einen Schritt näher bringt. In schulischen Kontexten bedeutet dies nun, je dichter wertschätzende Rückmeldungen in Lernprozessen gesetzt werden, desto rascher schreiten die Lernprozesse voran⁷. Im bewegungserzieherischen Bewegungshandeln beispielsweise erweisen sich Synchroninformationen (steuernde Rückmeldungen während der Bewegungsausführung) am wirkungsvollsten.

Ein menschlich warmes Lernklima:⁸ Basis für erfolgreiches kreatives Lernen ist ein unvoreingenommenes Lernklima der Wertschätzung und des Vertrauens. Eine demokratische Lernkultur ermöglicht Förderung und Forderung gleichermaßen und stärkt die Verantwortlichkeit aller allen gegenüber. So wird der Einzelne bei der Konstruktion seines individuellen Wissens und Könnens Teil einer vernetzten lernenden Organisation und somit Gestalter einer lernenden Gesellschaft.

Vom kooperativen zum kollaborativen Lernen:⁹ Dem sozialen Aspekt kreativer Prozesse, auch des Lernens, tragen kooperative Lernsettings Rechnung. Darüber hinaus kann der Einzelnen/dem Einzelnen auch Verantwortung, nicht nur für sein eigenes Lernen, sondern auch für das Lernen anderer sowie eine Verantwortlichkeit für die gesamte Lerngemeinschaft (im Sinne einer lernenden Gesellschaft) überantwortet werden. Dies soll als produktive Zumutung verstanden werden.

Zu denken geben:¹⁰ Möchte Lernen provoziert werden, dann sind lehrseits¹¹ keine Beschränkungen aufzustellen und Vorgabe zu machen, was und wie zu denken sei, sondern vielmehr fragende, kritische, auf Verständnis hin zielende Einstellungen lernseits Grund zu legen. Heißt aber auch für den Lehrenden wie für den Lernenden eigenes Denken zu formulieren, zu kommunizieren, aber der Subjektivität des eigenen Ichs kritisch zu begegnen. Lernen provozieren heißt Denken provozieren.

¹ Klippert verweist auf diese Methode im Zusammenhang mit dem Eigenverantwortlichen Arbeiten und Lernen und unterstreicht mit dieser Begriffswahl die positiven Effekte in Bezug auf die Wissenserweiterung (vgl. Klippert 2001).

² Inhomogenitäten, also Fragestellungen, die durch das herrschende Paradigma nicht mehr gelöst werden können, bestätigen für Kuhn, dass mit dem herrschenden Paradigma etwas nicht in Ordnung ist. Sie zeigen somit eine Krise an und bereiten eine neue Sichtweise, einen Paradigmenwechsel vor (vgl. Kuhn 1978, S. 282).

³ Für von Oech ist es eine wirksame kreative Denkstrategie, sich wie ein Revolutionär zu verhalten und gültige Denk-Regeln zu brechen (vgl. von Oech 1992, S. 65).

⁴ Weinert versteht umfassend „unter Kompetenzen die bei Individuen verfügbaren oder durch sie erlernbaren kognitiven Fähigkeiten und Fertigkeiten, um bestimmte Probleme zu lösen, sowie die damit verbundenen motivationalen und sozialen Bereitschaften und Fähigkeiten, die Problemlösungen in variablen Situationen erfolgreich und verantwortungsvoll nutzen zu können“ (Weinert 2002, S. 27f).

⁵ Dialogisches Prinzip (vgl. Buber

1996); dialogisches Lernen (vgl. Jirovec 2000).

⁶ Meyer spricht im Zusammenhang mit transparenten Leistungserwartungen von förderlichen Leistungs- und Lernrückmeldungen an die Schüler/innen (vgl. Meyer 2010, S. 18).

⁷ vgl. Olechowski 2003, S. 215

⁸ Olechowski hat in ähnlichem Sinne auch den Begriff der Humanen Schule in den schulischen Diskurs eingeführt (vgl. Olechowski 1999).

⁹ Kral (2012) mahnt kollaboratives Lernen massiv ein und versteht darunter ein Lernen, dass aus 1+1 = 3 macht. So beinhaltet

et kollaboratives Lernen, unter Berufung auf Ojstersek & Adamus (2009), stärkere Gemeinschaftsarbeit da es individuelles Lernen und auch Anstrengung / Verantwortung in der Lerngemeinschaft sowie Unterstützung und Förderung anderer Mitglieder beinhaltet.

¹⁰ Fried postuliert in dem Gedicht „Kinder und Linke“ diesen Anspruch zu denken zu geben eindrucksvoll und endet mit dem kritischen Absatz: „Wer Kindern sagt, was er selber denkt, und ihnen auch sagt, daß daran etwas falsch sein könnte, der ist vielleicht, ein Linker“ (Fried 1992, S. 99).

¹¹ vgl. Schratz 2010.

Literatur:

Amtsblatt der Europäischen Union: EMPFEHLUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 18. Dezember 2006 zu Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen, 2006.

Buber, M.: Die Erzählungen des Chassidim. Zürich, 1996.

Fried, E.: Es ist was es ist, Berlin, 1992.

Jirovec, A.: Fortbildung – ein

Beitrag bei der Erarbeitung eines Schulprogramms. Ztschr. Erziehung und Unterricht, 150. Jahrgang, Wien, 2000. 253-259.

Klippert, H.: Eigenverantwortliches Arbeiten und Lernen – Bausteine für einen Fachunterricht. Weinheim – Basel, 2001.

Kral, P.: Re: Von der Wissensgesellschaft zur lernenden Gesellschaft (E-Mail), 6.12.2012.

Kuhn, T. S.: Die Entstehung des Neuen: Studien zur Struktur der Wissenschaftsgeschichte (7. Aufl.). Suhrkamp Verlag, 1979.

Meyer, H.: Praxisbuch: Was ist guter Unterricht? Mit didaktischer Landkarte. Berlin: Cornelsen: Scriptor, 2010.

Olechowski, R.: Alternative Leistungsbeurteilung – Humanisierung der Schule. In Babosik, I. u. Olechowski,

R. (Hg): Lehren – Lernen – Prüfen. Frankfurt am Main, 215–232, 2003.

Schratz, M.: LEA-Vortrag, Alpbach, 19.4.2010.

Von Oech, Roger: Denkanstoß – Ein Kreativitätsworkshop. München, Hugendubel Verlag, 1992.

Weinert, F.: Leistungsmessungen in Schulen. Weinheim-Basel, 2003.

Rudolf Beer

Meine Fragen zu.....

Bildungsstandardtestungen

Von Anfang an wurde uns immer versichert, dass, wenn die Bildungsstandards kommen, es eine Systemüberprüfung sein wird und keine Überprüfung einzelner LehrerInnenleistungen.

Da stellen sich für mich 2 Fragen:

- Wenn es um eine Systemüberprüfung geht, warum hat sich nach den letzten Ergebnissen am System nichts geändert?
- Warum wurden nach der Systemüberprüfung LehrerInnen für das Ergebnis verantwortlich gemacht?

Und nun zur aktuellen Englisch - Testung:

Was hat es für einen Sinn, die Englischtestung derart hoch anzusetzen, wenn in manchen Regionen Österreichs Englisch mittlerweile die vierte (!) Sprache ist, die die Kinder können müssten?

Anfangen von ihrem heimischen Dialekt oder einer Minderheitensprache, über die Landessprache ihres Herkunftslandes, die Unterrichtssprache Deutsch und dann auch noch die „Fremdsprache“ Englisch?

Was hat es für einen Sinn, Kinder, „die sich be-

mühen, all das zu bewältigen, derart zu frustrieren und zu demotivieren“ – wie mir aus vielen Bezirken Wiens und anderen Ballungszentren übermittelt wurde (die Telefone liefen heiß)!

Von Kindern, welche bereits in der Unterrichtssprache Deutsch oftmals große Mühe haben, sich eine Unterrichtseinheit lang konzentrieren zu können, verlangt man Konzentration über gut drei Unterrichtseinheiten?? Man mutet ihnen „Listening“-Aufgaben“ zu, die (wie selbst TesterIn-

Ist es nicht einfacher, Schuldige an der Basis auszumachen, als Systemänderungen anzudenken?

Es ist bekannt, dass es in Wien eklatanten LehrerInnenmangel gibt, dass man schon Stunden ausfallen lassen muss, weil die vorhandenen LehrerInnen diesen Mangel nicht mehr ausgleichen können.

Dass aus diesem Grund auch viele Doppelbesetzungen entfallen und damit das vielzitierte Differenzieren und Individualisieren einfach

Ist es nicht einfacher, Schuldige an der Basis auszumachen, als Systemänderungen anzudenken?

nicht mehr möglich ist? Und warum wird dann bei den Bildungsstandards wieder alles über einen Kamm geschoren!

Es ist bekannt, dass in vielen Schulen Wiens zwei und mehr Langzeitkrankenstände zu ersetzen sind.

Es gibt zwar den „fairen Vergleich“ - aber wird das alles bei

diesen Bildungsstandard - Ergebnissen berücksichtigt? Jedenfalls war bisher davon nichts zu bemerken!

Fragen über Fragen!

Wann kommen die Antworten in Form von wirklichen Systemänderungen, besser noch Systemverbesserungen, die LehrerInnen von all den Dingen entlasten, die nicht wirklich zur

Aufgabe der LehrerInnen gehören, von dem Wust an Verwaltungs- und Dokumentationslawinen, und all jenen zusätz-

lichen Tätigkeiten, die ein Supportsystem übernehmen müsste und eine ausreichende Bedeckung des LehrerInnenbedarfes?

Wann wird das LEHREN und UNTERRICHTEN wieder zur KERNTÄTIGKEIT von LehrerInnen??



Andrea Masek,
Dienstrechtsreferentin der
Bundesvertretung 10
Mitglied im Zentrallausschuss

Aus dem Tagebuch einer Junglehrerin ...

fiktive Situationen aus dem Schulalltag:

Daniela Rauchwarter



Liebes Tagebuch,

der Schulschluss nähert sich in großen Schritten. Kaum zu glauben, dass meine Kids schon in der vierten Klasse sind - ich hab ihnen doch gerade erst Lesen, Schreiben und Rechnen beigebracht.

Die Zeit vergeht so schnell. Der Abschied am letzten Schultag wird mir bestimmt schwer fallen. Wir sind in den letzten vier Jahren wirklich zusammengewachsen. Auch die Eltern meiner SchülerInnen dürften meine Arbeit zu schätzen wissen. Ich habe nämlich mitbekommen, dass ich heuer zum Schulschluss nicht nur den obligatorischen Blumen-

strauß bekomme, sondern dass die Klassenelternvertreterin Geld von den anderen Eltern einsammelt, weil sie mir ein Wellness-Wochenende schenken wollen. Ist das nicht genial?!?

Ein Kollege, dem ich das erzählt habe, meinte zwar, dass ich ein so teures Geschenk nicht annehmen darf, aber das kann ich mir nicht vorstellen. Außerdem möchte ich die Eltern und die Kinder mit der Ablehnung dieses tollen Geschenkes nicht vor den Kopf stoßen!

Wie sieht die rechtliche Situation aus?

§ 41 LDG - Geschenkkannahme

(1) Dem Landeslehrer ist es untersagt, im Hinblick auf seine amtliche Stellung für sich oder einen Dritten ein Geschenk, einen anderen Vermögensvorteil oder sonstigen Vorteil zu fordern, anzunehmen oder sich versprechen zu lassen.

(2) Orts- oder landesübliche Aufmerksamkeiten von geringem Wert gelten nicht als Geschenke im Sinne des Abs. 1.

(3) Ehrengeschenke darf der Landeslehrer entgegennehmen. Er hat seine Dienstbehörde hiervon in Kenntnis zu setzen. Untersagt die Dienstbehörde innerhalb eines Monats die Annahme, so ist das Ehrengeschenk zurückzugeben.

Was bedeutet dies für die Lehrerin?

Der Blumenstrauß ist eine Zuwendung, die als Ehrengeschenk zu einem bestimmten Anlass gedacht ist. Es kann hierbei von einer orts- oder landesüblichen Aufmerksamkeit von geringem Wert gesprochen werden und daher ist eine Benachrichtigung der Dienstbehörde nicht erforderlich.

Die Lehrerin kann den Blumenstrauß mit bestem Wissen und Gewissen annehmen.

Von den Eltern ist das Wellness-Wochenende zweifellos als Ehrengeschenk zu einem besonderen Anlass – Schulschluss – gedacht. In Hinblick

auf seinen wirtschaftlichen Wert ist es jedoch kein orts- oder landesübliches Geschenk von geringem Wert. Aus diesem Grund muss die Lehrerin das Geschenk der Dienstbehörde melden.

In dem zuvor beschriebenen Fallbeispiel wurde das Geschenk noch nicht besorgt und es wäre daher der Lehrerin anzuraten, die Klassenelternvertreterin über die gesetzliche Lage aufzuklären und sie zu bitten, von diesem Geschenk abzusehen. Somit kann vermieden werden, dass bei der Geschenkübergabe die Eltern und Kinder vor den Kopf gestoßen werden.

WOS AN WEANA SCHUULEITA OLLAS INS GMIAD GED ...

Eine Fortsetzung, in Anlehnung an H.C. Artmann „med ana schwoazzn dintrn“ (Teil 1 in BIS 55 – Dezember 2011) von Karl Masek



Karl Masek



- ... wauna mitkriadgd das fost kana mea schuuleita wern wü
- ... wauna gschbiad das mid ana „pflastalbedagogik“ fileichd a weida wuaschdln owa sicha ka weidakumma is ...
- ... wauna siechd das imma mea lera scho am zaunfleisch gengan
- ... wauna riachd wia imma mea lera ausbrennan
- ... wauna head wos in de lehrzimma wiaklich gredt wiad ...
- ... wauna head das vü schdudentn aun der weana ph noch da lehraumtsprüfung ned in wean untarrichtn woin - in de bundeslenda (zruck)gengan - oder goa ned aufaugan
- ... wauna lesd das sche laungsam sogoa kolumnistn schnoin wos los is ...*
- ... wauna waaß „schulqualität“ erreichd ma ned alla mitn ausfün von no hundart zedln
- ... wauna gleichzeitig in leanbegriff von da „enemes“ (des ded a jo no gean!) und de „Bildungsstandards“ eaklean soi und genau waaß des kaun ned zaumgeh – oiso wos jetzt...
- ... wauna in eindruck griagd öffendlichkeit und unsa fiamenleitung (de von gaunz obn) redt imma no liawa von a boa autonom freie dog ois davo wia ma de leid(!) von da basis aun olle aundarn schuidog besser untaschdützn kenntat ...
- ... wauna in eindruck kriagd bei wision wiad de bürokradie fia olle no vü eaga ois bishea
- ... wauna in untaschied gschbiad zwischen sundogsredn und da wiaklichkeit zwischen da deorie („zedln san geduidig“) und de bedingungan in da braxis ...
- ... owa a – sunst haaßts dea raunzd nua – waunse a “bsi” zeid nimmd fia a launges geschbräch
- ... waun a learrin sogd sie is so froh das’ jetzt doda untarrichtn deaf
- ... waun olle de no gsund san imma no mid voigas oabeitn ...
- ... waun dabei zeitweis sogoa no da schmäh rennd und glochd wiad
- ... wauna imma wieda klane wunda im schuioidog bemeakt
- ... wauna siechd de kinder bemühn se obwois as a ned leichd haum ...
- ... wauna head de kinda san bei an leaausgang globt wuan weus’ so brav woan
- ... wauna head de kinda haum bei an wettbewerb oda an wörkschop gwunna ...
- ... wauna gschbiad wia se olle bemühn - von da beratungslearrin iwa de schuiärztin und des jugendkotsching bis zum fördaberota
- ... wauna duach zufoi in an ringschdrossncafé mid an jungan köllna redt - a exschüla - zwanzg joa - nett – höflich – scharmant - glicklich im beruf der se gean aun sei schuizeit aun „seina“ kms zuckerinnart ...
- AUFGEBN DAN MA DROZDEM NO NED – OWA WIA LAUNG NO

Die unendliche Lehrer-Saga

Einserkastl | Hans Rauscher, 18. April 2013, 18:45

Es war noch nie so schwierig und stressig, Lehrer zu sein

Elternverbände kritisieren, dass die Lehrgewerkschaft Plakate mit standespolitischen Forderungen und Parolen in den Schulen aufgehängt hat. In den Lehrerzimmern sei das okay, aber bitte keine Instrumentalisierung von Kindern.

Eine weitere, kleine Etappe in der unendlichen Lehrer-Saga. Die Pädagogen fühlen sich unverstanden, missachtet, zu Unrecht der Faulheit verdächtigt, unterbezahlt und hypergestresst, mit Verwaltungskram überhäuft.

Auf der anderen Seite ärgern sich viele Eltern, politische Beobachter und sonstige interessierte Bürger über den Njet-Beton der Lehrgewerkschaft, über die „Angrührtheit“ vieler ihrer Mitglieder und über die Zustände an den Schulen.

Wer hier versucht, ein halbwegs korrektes und objektives Bild zu bekommen, ist nicht zu beneiden.

Eines steht aber auf alle Fälle fest: Es war noch nie so schwierig und stressig, Lehrer zu sein. Die „Burnout“-Geschichten sind bei weitem nicht alle erfunden. Die Ursachen sind vielfältig: die Gereiztheit, Unhöflichkeit, Verrohung, Bereitschaft zum „Ausrasten“, die den ganzen öffentlichen Raum prägt. Der Autoritätsverfall. Das Abschieben von Erziehung aus der Familie an die Schule. Die vielen Kinder aus bildungsfernen Familien usw. Es ist vielfach kaum mehr zum Aushalten. Das Schulsystem ist tiefest verfahren, die Schulpolitik schraubt an Systemen herum. Das ist das Problem. (Hans Rauscher, DER STANDARD)

* „Rau“ in „DER STANDARD“ Freitag, 19.4., Seite 1: „Lehrer“ (siehe Spalte rechts)



Elisabeth Tuma

Goodbye SonderschullehrerIn? Welcome Inklusion?

Laut Gesetzesentwurf zur Pädagog/innenausbildung neu soll Schluss sein mit der separaten Ausbildung zum/zur Sonderschullehrer/in - es soll kein Sonderschullehramt mehr geben.

Künftig ist vorgesehen, dass jede/r zukünftige Lehrer/in unabhängig von der Schulform lernt, wie inklusiver Unterricht funktioniert.

In der Studienarchitektur wird Inklusive Pädagogik nur als eine von mehreren Möglichkeiten für den Primarbereich sowie für die Sekundarstufe angeführt.

Im Rahmen des Studiums für Primärpädagogik kann man den Schwerpunkt Inklusive Pädagogik wählen (60-80 EC); im Rahmen der Sekundarstufenpädagogik kann Inklusive Pädagogik anstelle des Zweitfaches spezialisierend (95-100 EC) gewählt werden.

Wohin geht die inklusive Reise?

Seit Inklusion Thema ist, besteht vielerorts Verunsicherung bei den Lehrer/innen.

Die Kolleg/innen an Sonderschulen, die jene Kinder wieder „zurechtbiegen“ sollen, die mehrfach durch's (integrative) System gerasselt sind, diskreditiert man, indem man deren Wirkungsstätte als „aussondernd, menschenverachtend, meistgehasst“ (Auszüge aus Zeitungsschlagzeilen der letzten Monate) klassifiziert.

Die Kolleg/innen der anderen Schultypen verunsichert die Ungewissheit, ob gemeinsamer Unterricht zukünftig mit professionell ausgebildeten Fachkräften stattfinden wird.

Es ist den Kolleg/innen völlig unklar, wohin die inklusive Reise gehen wird – wird es weiterhin Zweitlehrer/innen geben? Zur Gänze oder nur in einzelnen Stunden? Wird es Sonderschulen geben?

Es wäre höchst an der Zeit, den Kolleg/innen hier reinen Wein einzuschenken!

Inklusionsexperten warnen

Dass der Entwurf zur Lehrer/innenbildung in Bezug auf Inklusive Pädagogik die Notwendigkeit zur Spezialisierung der Beliebigkeit der Institutionen überlässt, ist kein Anzeichen dafür, dass Inklusion so umgesetzt werden wird, wie es vorgesehen und versprochen war:

Bildungswissenschaftler Stefan Hopmann betonte, dass Inklusion nur funktionieren könne, wenn es Experten dafür gebe. Und für deren Ausbildung seien das entsprechende Personal, Strukturen und Mittel nötig. „Wenn das nicht jetzt sofort institutionalisiert wird, wird das ein Schuss nach hinten. Dann haben wir weniger Inklusionskompetenz als bisher“, warnte er. „Wenn wir jetzt nicht nachsetzen, haben wir den Kindern einen Bären dienst erwiesen.“

Denn während im Expertenvorschlag noch vorgesehen war, dass Lehrer der Sekundar-

„Damit besteht die Gefahr, dass die in einem gemeinsamen Schulsystem laut UN-Behindertenrechtskonvention unbedingt notwendigen SpezialistInnen für besondere Bedarfe (z.B. bei Gehörlosigkeit, Autistischer Wahrnehmung, Barrieren aufgrund sozialer oder ökonomischer Herkunft, ...) nicht in ausreichender Zahl ausgebildet werden“ (aus der Stellungnahme von Prof.Dr.Ewald Feyerer zum aktuellen Gesetzesentwurf).

Weniger Fachkompetenz

Die Absicht, getrennte Lehrämter für den Bereich der Primar- und der Sekundarstufe zu schaffen, geht aufgrund der Leistungszuordnung nach dem Alter der Kinder mit SPF an der Realität vorbei – Entwicklungsalter ist hier meist nicht gleich Lebensalter! Diese Trennung lässt außer Acht, dass Schüler/innen mit besonderen Bedürfnissen in beiden Bereichen lernen und dass viele Aspekte und Kompetenzen des Lehrberufes für diese

Kinder einen gemeinsamen Nenner haben: den der Fach-

kompetenz in Bezug auf Behinderungsarten, Krankheiten, Förderdiagnostik,-planung, Entwicklungspsychologie, Psychologie, Sonderpädagogik, personalisierte Unterrichtsmethoden, Fachdidaktik,...

Ob ein im Bachelorstudium der Primarstufe gesetzter Schwerpunkt Inklusive Pädagogik dazu befähigen wird, ein z.B. schwerstbehindertes ASS-Kind zu unterrichten oder ob ein im Bachelorstudium Sekundarstufe (statt eines zweiten Studienfaches) gewählter Schwerpunkt Inklusive Pädagogik dazu befähigen wird, z.B. ein hörbehindertes, sprachentwicklungsverzögertes und lernbehindertes Kind zu fördern, darf bezweifelt werden.

Mit der Begeisterung der zukünftigen Lehrer/innen nach dem Grundstudium noch ein zusätzliches (für's gleiche Gehalt, versteht sich), wie Sehbehinderten-, Sprachheil- oder Schwerstbehindertenpädagogik anzuschließen, kann wohl nicht selbstverständlich gerechnet werden.

Es gilt, positiv anzumerken, dass jeder/jedem Studierenden Grundkenntnisse in Inklusion vermittelt werden sollen, doch gebietet es die Verantwortung den uns anvertrauten Kindern mit besonderen Bedürfnissen gegenüber, dagegen aufzutreten, dass es durch unausgeglichene Studienarchitektur und Curricula zu weniger Fachkompetenz kommt.

Inklusive Pädagogik ist nicht gleich Sonderpädagogik

Jemandem mit Wertschätzung entgegen zu treten ist nicht gleich differenziertes pädagogisches Förderwissen!

Die mehr als 2000 in Wien tätigen Sonderschullehrer/innen leisten Großartiges – ob an Sonderschulen oder integrativ!

Dass man just diesen Beruf abschaffen will, ist völlig unverständlich.

Sonderpädagogik ist auch eine Grund- und Werthaltung - unsere Kinder brauchen Lehrer/innen, die sich um sie kümmern und keine, die ein Zweitfach belegt haben!

Besondere Kompetenzen für Kinder mit besonderen Bedürfnissen: Die FSG-Lehrer/innen setzen sich für ein Bachelor- und Masterstudium Inklusive Pädagogik/ Sonder- und Heilpädagogik ein!

PS: Mein besonderer Dank gilt SDn Petra Bauer für ihre Inputs!

Elisabeth Tuma

Dass man den Beruf SonderschullehrerIn abschaffen will, ist völlig unverständlich!

stufe (Neue Mittelschule, AHS, berufsbildende mittlere und höhere Schulen/BMHS) für Allgemeinbildung sich entweder für zwei Fächer oder anstelle eines zweiten Fachs für eine Spezialisierung auf inklusive Bildung entscheiden können, soll nun eine Spezialisierung „in inklusiver Pädagogik, in Berufsorientierung, in Mehrsprachigkeit, in Medienpädagogik usw.“ möglich sein. Es müsse jedoch sichergestellt sein, dass Inklusion auch nach Abschaffung einer eigenen Sonderschullehrer-Ausbildung mit professionell ausgebildeten Fachkräften stattfinde, betonte Biewer (Univ.Prof.Dr.Gottfried Biewer in: Der Standard, 5.4.2013).

Markus Hauptmann



Teach me if you can

Geschichten aus dem Leben eines Lehrers, ohne auch nur ein einziges Mal das Wort „Burnout“ zu verwenden.

Nach dem Erfolgsprogramm „CSI Klassenzimmer“ präsentieren die Volksschullehrerin Markus Hauptmann und ihr Schüler Georg Huber, der zum Aufsteigen in die nächste Schulstufe gerade noch irgendwie berechtigt ist, ihr zweites Bildungskabarett „Teach me if you can“.

Lehrer sind ein eigener Schlag Mensch. Das muss man auch sein, um Samantha [Semempfaa], Justin [Tschaastin], Jean- Luc [Tschaun Lüük] und Ferdinand [Feaadl] in der Klasse bei Laune zu halten. Oder deren Eltern. Oder die Kollegen. Oder die Zeitungen. Also eigentlich eh alle.

Und dass Lehrer ihren Beruf gerne auch ins Private übertragen, wissen all jene am besten, die mit ihnen zusammenleben. Ganz ehrlich, wer hört nach dem Sex nicht gerne: Du hast dich sehr bemüht, aber das kannst du besser.

Aloha liebe Leidensgenossinnen und Nussini!

Die härteste Zeit des Jahres rückt näher. Diese verdammten Sommerferien. Oh mein Gott, oder wer immer da oben herumhängt, was werden wir wieder leiden. 9 Wochen Fadesse, die nur ab und an von gährender Langweile unterbrochen wird.

An sich wären 9 Wochen Urlaub-Freiheit-Ungebundenheit ja ein Traum: Man könnte wochenlang durch die USA reisen, oder durch Südamerika, oder einfach nur 2 Monate auf den Bahamas herumliegen und an Pina Coladas zuzeln bis die Leber die weiße Fahne schwenkt. BUT. Wir sind Lehrer, d.h. mehr als eine Zone bei den Wiener Linien können wir uns nicht leisten. Und die reicht nicht einmal bis zum Flughafen. Es ist trostlos.

Letztes Jahr war mir so langweilig im Sommer, dass ich freiwillig einen Yoga Kurs mit dem Lehrer Lui Qui (welch schönes Wortspiel) besuchte. Eigentlich hieß er ja Pospisil, aber unter diesem Namen ist als weiser, asiatischer Meister wohl keine Karriere zu machen.

In der Gruppe waren gestresste Bankangestellte mit Begeisterungsfähigkeit für Burnout, Versicherungsmakler die dir während dem „herabschauenden Hund“ eine Berufsunfähigkeitsversicherung andrehen wollten und esoterische Lehrer, die auf ihrem Nachtkästchen ein Bild von Maria Montessori nebst Rosenkranz (nicht die Babsi) platziert hatten.

Vom Körperbau her war die Gruppe nicht zwingend auf Yogastunden ausgerichtet, eher auf Exkursionen ins Schweizerhaus. Oder sagen wir so, während der Lehrer so beweglich war, dass er ohne weiteres an seinen eigenen Pobacken knabbern konnte (wie kommt man eigentlich auf solch eine Idee?), sahen wir anderen aus wie eine Schwangerschaftsgymnastikgruppe.

Aber ich schweife ab.

Das Schlimmste an den Sommerferien sind ja die neidvollen, wütenden Blicke der arbeitenden Bevölkerung. Ich habe mich früher derart geniert während der Ferien meine Wohnung zu verlassen, weil das Wort „Lehrer“ buchstäblich auf meine Stirn tätowiert war. In Bermudas, Trägerleibchen, Flip Flops und extrem chilligem Blick stand ich beim Billa und sogar der Hausverstand zeigte mir mit hass-erfüllten Augen den Stinkefinger.

Heute verlasse ich die Wohnung nur noch zum Einkaufen und dann mit Anzug, Krawatte, Lackschuhen und extrem genervtem und grantigem Blick. So fällt man nämlich garantiert nicht auf.

However. Ich nütze die Zeit ohnehin, um mich auf meine neue erste Klasse vorzubereiten.

Leicht wird das nicht, denn wenn man als Volksschullehrer eine 4. Klasse geführt hat, bei der alles wie am Schnürchen lief, bei der Augenkontakt ausreichte und jeder wusste, was Sache war, so schlimm ist im Vierjahresrhythmus die Umstellung auf die kleinen Zwerge.

„Herr Lehrer, ich muss Lulu.... Ups, doch nicht mehr“

„Nehmt bitte einen gelben Buntstift zur Hand!“ „Herr Lehrer, wie schaut gelb aus?“



„Teach me if you can“ ist ein Abend für all jene, die immer schon wissen wollten wie die Lehrer ihrer Jugend bzw. die ihrer Kinder so ticken, wie sie ticken, und auch für all die Kollegen da draußen, die verzweifelt nach einer Antwort auf die Frage („Wieso bin ich, wie ich bin?“) dürsten.

Und aber natürlich auch für jene, die sich fragen, wie die weltweit anerkannten, wahrscheinlich selbst von Andreas Salcher hochverehrten Bildungsprofis HAUPTMANN zu heißdiskutierten Themen wie „Pisastudie“, „Gesamtschule“ oder „laktoseintolerante Schulwarte“ stehen.

Premiere am 23. 9. 2013 in der Wiener Kulisse

Weitere Termine unter www.markushauptmann.com

„Herr Lehrer, der Kevin hat gesagt, ich liebe die Celina. Das stimmt überhaupt gar nicht, weil manchmal immer liebe ich nur meine Mami“. Das ist im Übrigen eine süße Aussage. Sie erinnert mich daran, als ich noch ein Kind war. Da wollte ich auch immer meine Mami heiraten. Später habe ich mich allerdings doch für eine Jüngere entschieden.

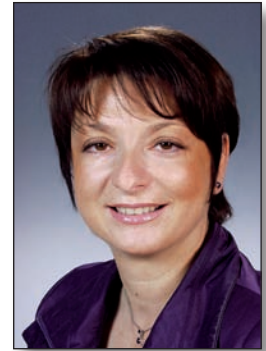
Es wird schon gehen, schließlich habe ich alle Bücher von meinem Vorbild Andreas „Ich

bin der Gottvater der Pädagogik“ Salcher auswendig gelernt, damit schaffe ich das ganz sicher.

In diesem Sinne wünsche ich euch erträgliche Ferien und vielleicht sieht man sich im Herbst ja „zufällig“ in einem Kabarettlokal ☺

Viele Späße sendet euch euer Markus

Pädagogische Hochschule Wien begrüßt PädagogInnenbildung Neu



Ruth Petz,
Rektorin der PH Wien

Wien (OTS) - Die Pädagogische Hochschule Wien begrüßt die PädagogInnenbildung Neu noch in dieser Legislaturperiode. Die Realisierung dieses zentralen bildungspolitischen Kernprojektes ist eine bedeutende Weichenstellung im Sinne einer weiteren Tertiärisierung, Kompetenzorientierung und Professionalisierung der PädagogInnenbildung in Österreich.

Die Berechtigung der Pädagogischen Hochschulen zum Angebot von Master-Studien für LehrerInnen im öffent-

lich-rechtlichen Bereich steigert die Qualität und Attraktivität im Feld der pädagogischen Berufe durch eine gleichwertige Ausbildung aller LehrerInnen.

Darüber hinaus wird die Weiterführung und Vertiefung von internationalen Kooperationen durch den vorliegenden Entwurf ebenso begünstigt wie die Positionierung der Pädagogischen Hochschulen als Kompetenzstellen für Qualitätssicherung, Schulentwicklung und Induktion.

Die Einrichtung eines Qualitätssicherungs-

rates sichert die Wissenschaftlichkeit und Professionsorientierung aller Studienangebote in der LehrerInnen-Ausbildung.

Die Pädagogische Hochschule Wien ist die größte Pädagogische Hochschule Österreichs. Derzeit befinden sich rund 2300 Studierende in Ausbildung. LehrerInnen aus allen Schultypen (APS, AHS, BS, BMHS, BAKIP) absolvieren bereits jetzt ihre Ausbildung oder Teile davon sowie ihre Fort- und Weiterbildung an der Pädagogischen Hochschule Wien.

Im Rahmen dieser erweiterten Umsetzungs-

verantwortung wird die Pädagogische Hochschule Wien ihre Expertise und ihre Potenziale breit einbringen, um die PädagogInnenbildung Neu durch zukunftsorientierte inhaltliche, organisatorische und personelle Weiterentwicklungen und Kooperationen erfolgreich zu realisieren.

Bildungsstandards fair für alle!

Rosmarie Jeßner



Die Ergebnisse der Schülerleistungsstudien wie PISA oder PIRLS / TIMSS und ähnliche machten die Einführung der Bildungsstandards erforderlich.

Die Bildungsstandards sollen eine Reform auf allen Systemebenen bewirken, was auch ein gesellschaftliches und kulturelles Umdenken erforderlich macht.

In den nächsten Jahren ist ein Paradigmenwechsel der österreichischen Bildungspolitik durch eine Input- zu einer Outputsteuerung in der Qualitätssicherung und -entwicklung zu erwarten. **Durch die Bildungsstandards soll eine langfristige Verbesserung von Unterricht erreicht werden, wobei von einem oberflächlichem „teaching to the test“ abzuraten ist.**

Wichtig sind die zu erwerbenden Fähigkeiten und Fertigkeiten (Kompetenzen), nicht Gegenstände und konkrete Inhalte.

LehrerInnen und DirektorInnen werden immer mehr gefordert, um „die Bildungsstandards“ zu erreichen. Es gibt nach wie vor große Mängel in

der Aus-, Fort- und Weiterbildung, um sich ausreichend zu kompetenzentwickelnden Unterrichtsprinzipien Wissen aneignen zu können.

Eine nachhaltige und erfolgreiche Implementierung der Bildungsstandards wird daher noch einige Zeit dauern.

IKM - Informelle Kompetenzmessung

Damit LehrerInnen ihren Unterricht besser planen und gestalten können, gibt es die Möglichkeit der Informellen Kompetenzmessung – IKM. Das BIFIE hat, analog zu den Standardüberprüfungen ein Aufgabenpaket entwickelt, um individuell erworbene Kompetenzen der SchülerInnen sicherzustellen.

Bei der Durchführung der IKM muss der erste Schritt über die Direktion erfolgen. Die Durchführung der IKM dauert eine Unterrichtseinheit.

Ausschließlich der betreffenden Lehrkraft ist es vorbehalten, die Ergebnisse der IKM-Testung einzelnen Lernenden zuzuordnen. Diese informelle Kompetenzmessung hat den Vorteil, dass die SchülerInnen auf Testungssituation vorbereitet werden und die Lehrenden eine individuelle Kompetenzstandserhebung haben, um die SchülerInnen optimal fördern und stützen zu können.

Das BIFIE bietet auf seiner Homepage auch entsprechende Unterrichtsmaterialien mit kompetenzorientierten Aufgabenstellungen an und ist ständig bemüht den Stand zu aktualisieren.

Schulen, die sich für Pilotierungen bereit erklären, gewährleisten eine höhere Qualität und Verständlichkeit von Unterrichtsbeispielen. Das Ziel der Pilotierung ist demnach die Verbesserung, Revision und Selektion der Unterrichts-

beispiele und die darauf folgende Erstellung der Unterrichtsbeispielsammlungen.

Zu Bedenken ist nach wie vor, das jede Veränderung bei Einzelindividuen und Kollektiven häufig Widerstände auslöst, was in verschiedenen Fällen nicht unbegründet ist.

Von Seiten der Schulaufsicht ist ein sensibler Umgang mit den Ergebnissen der Bildungsstandards erforderlich.

Wenn die Rückmeldungen der Standardüberprüfung professionell stattfinden, sind eine Unterrichtsentwicklung und standortbezogene Schulentwicklung gewährleistet.



Silvia Breitsprecher:

WHO IS WHO in der FSG?



Interview mit Gottfried Winkler, Vorsitzender der Gewerkschaft VIDA

Gottfried, du hast vor einiger Zeit den Vorsitz der Gewerkschaft VIDA übernommen.

Das war am 13. Dezember 2012, als geschäftsführender Vorsitzender und Nachfolger von Rudi Kaske, der jetzt AK-Präsident geworden ist.

Was hat dich dazu bewogen, diese verantwortungsvolle Aufgabe zu übernehmen?

Ich bin nicht einer, der nur am Rande steht und große Sprüche klopft, sondern bin jemand, der anpackt und mitgestaltet.

Bewogen hat mich letztendlich die Tatsache, dass ich, nach dem Ausscheiden von Willi Haberzettl und Rudi Kaske, mit Willi Steinkellner einer der letzten von der „Altgarde“ bin. Was noch dazu kommt ist, dass wir die Funktionen - Vorsitz und Fraktionsvorsitz - getrennt haben. Diese Tätigkeit ist somit auf zwei Schultern aufgeteilt. Willi Steinkellner führt die Fraktion und ich bin Gewerkschaftsvorsitzender.

Welche Berufe werden von der VIDA vertreten?

Die VIDA gibt es seit Dezember 2006. Sie wurde durch den Zusammenschluss der Gewerkschaften Hotel-Gastgewerbe-Persönlicher Dienst,

Handel-Transport-Verkehr und der Eisenbahngewerkschaft gebildet. Wir decken unterschiedlichste Berufsbilder aus dem Bereich der Dienstleistung ab - beginnend bei der Frisörin, dem Kellner, dem Eisenbahner und endend beim Flugpersonal.

Wobei liegt die Herausforderung, allen Interessen der verschiedenen Bereiche gerecht zu werden?

Die Kunst ist, diese Berufsbilder unter einen Hut zu bringen. Das Schöne dabei ist, dass wir innerhalb der letzten Jahre gelernt haben, gegenseitiges Verständnis für die Bedürfnisse anderer Berufsgruppen aufzubringen. Eine Flugbegleiterin hat ganz andere Bedürfnisse als ein Koch, trotzdem entwickelt sich eine Akzeptanz der unterschiedlichen Forderungen, und so wächst diese Gewerkschaft immer mehr zusammen.

Du kommst ja, wie ich weiß, aus dem Bereich der ÖBB. EisenbahnerInnen, LehrerInnen und sonstige Institutionen des Öffentlichen Dienstes sind abwechselnd im Schussfeld der Medienberichterstattung. Wie geht deine Gewerkschaft damit um?

Ich gebe dir Recht, dass

wir im öffentlichen Bereich immer wieder als politischer Zankapfel herhalten müssen.

Man kann das, wenn man will, verschiedenen Parteien zuordnen, aber unterm Strich gibt es über unsere Berufsbilder oft Privilegiendiskussionen. Diese werden schamlos politisch genützt, um aufzuzeigen, dass es Berufsgruppen gibt, die vermeintlich viel mehr verdienen und denen es besser geht als allen anderen. Das ist darauf zurückzuführen, dass wir, bei der Eisenbahn, in Dienstordnungen und Gehaltsklassen eingeteilt sind, die teilweise in den 60er Jahren geschaffen wurden.

Damals war das völlig berechtigt. Durch die Gesetzesänderungen haben sie heute, zum Schaden des Einzelnen, ihre Sinnhaftigkeit verloren.

Hast du für unsere LeserInnen ein Beispiel?

Schon von unseren Eltern haben wir mitbekommen, dass wir als EisenbahnerIn oder LehrerIn zwar einen sicheren Arbeitsplatz haben, wo wir allerdings am Anfang sehr wenig verdienen, aber am Ende eine gute Pension erhalten. Das mag damals richtig gewesen sein, aber wenn du

dir heute die Pensionsgesetzgebung anschaut, hilft dir leider die alte Regelung nicht mehr, sondern du wirst sogar gestraft dafür. Trotzdem wird das politisch genützt, um Negativstimmung zu verbreiten.

Bleiben wir bei der Pensionierung. In der breiten Öffentlichkeit herrscht die Meinung vor, dass alle bei der Eisenbahn pragmatisiert sind und mit 53 mit einem Spitzensatz in Pension gehen können. Wie schaut's wirklich aus?

Tatsache ist, dass seit 1996 für alle neu eintretenden EisenbahnerInnen die Pensionsregelungen des ASVG, also die gleichen wie für ArbeiterInnen und Angestellte in der Privatwirtschaft, gelten.

Seit damals gibt es auch keine Pragmatisierung mehr. Ende 2000 hat, mit dem Bundesbahnpensionsgesetz, Schwarz-Blau die Pensionsordnung in ein Gesetz umgewandelt. Wenn man das Höchstmaß an Prozentsätzen in der Pension erreichen will, muss man bis 65 arbeiten.

Diese Verschlechterungen sind klar spürbar. Ich will nicht bestreiten, dass es in den vergangenen Jahren, so wie in vielen anderen ehemals verstaatlichten Unternehmen, organisatorische Pensionierungen gegeben hat, die aber auf Freiwilligkeit beruhten. Im Nachhinein betrachtet, gibt es dabei sehr viele sozial bedenkliche Fälle.

Zu der Pensionshöhe: Das Durchschnittsgehalt bei der Eisenbahn beträgt 2.400€, da kann man sich vorstellen, was am Ende des Arbeitslebens tatsächlich übrig bleibt.

Was ist das vorrangige Ziel deiner Gewerkschaftsarbeit?

Eines der vorrangigen Ziele ist, dass wir uns als Gewerkschaft, gemeinsam mit den Betriebsräten in der Kollektivvertragslandschaft weiter entwickeln.

Die VIDA verhandelt rund 120 Kollektivverträge pro Jahr. Wenn man das auf Arbeitstage umlegt, schließen wir jeden zweiten Tag einen Kollektivvertrag ab.

Ein sehr wichtiger Punkt sind die Mindesteinkommen. Der ÖGB und wir als Fachgewerkschaft haben vor kurzem 1.300€ Mindestlohn beschlossen. Beim ÖGB-Kongress im Juni wird sich das, wegen der gestiegenen Kosten für Lebenshaltung und Wohnen, gegen 1.500€ bewegen.

Es kann nicht sein, dass man heute bei 40 Arbeitsstunden mehr als die Hälfte fürs Wohnen ausgibt, und für den restlichen Lebensunterhalt kaum etwas übrig bleibt.

Das zweite Ziel ist, dass sich das faktische Pensionsantrittsalter nach oben be-

wegt. Die Herausforderung dabei wird sein, wie wir mit betrieblicher Gesundheitsvorsorge die Menschen länger gesünder in Beschäftigung zu halten. Das ist deshalb so wichtig, weil, je früher man aus gesundheitlichen Gründen in Pension gehen muss, desto höher sind die Abschläge, desto unsozialer kann der künftige Ruhestand gestaltet werden. Um das einigermaßen hintan zu halten, müssen wir alles daran setzen, dieses Ziel zu erreichen. Das kann freilich nicht von heute auf morgen geschehen.

Es wird ein jahrelanger Prozess sein, bis die Maßnahmen greifen. Das wird der Garant sein, in Würde altern zu können und finanziell nicht von Almosen von Vater Staat abhängig zu sein.

Hast du zum Abschluss noch ein Anliegen, das dir besonders wichtig ist?

Ein Herzenswunsch von mir wäre, dass sich in Österreich, aber auch in Europa, die Konjunktur und die Wirtschaftslage wieder verbessert.

Seit der Finanzkrise 2008 haben wir einen Höchststand von 3,4 Mio. Beschäftigten. Wir nähern uns aber relativ rasch der 1 Mio. Grenze von Teilzeitbeschäftigten. Kurzfristig mag Teilzeit, besonders bei Müttern mit Kleinkindern ohne adäquate Kinderbetreuungsmöglichkeit, gerechtfertigt sein. Jedoch bedingen - vor allem bei langer Teilzeitbeschäftigung - die niedrigeren Sozialversicherungsbeiträge auch niedrigere Pensionen, was wiederum besonders Frauen trifft. Stichwort „Armutsfälle“.

Deshalb unsere Forderung: Teilzeit ja, aber nicht mehr

in heutigem Ausmaß. Diese Arbeitsplätze sollten wieder in Vollzeitplätze umgewandelt werden, gerade deshalb, weil wir in Österreich im Jahr 300 Mio. Überstunden leisten - viele auch ohne Bezahlung. Das wären umgerechnet 180.000 Arbeitsplätze. Deshalb die Forderung des ÖGB nach einer „Arbeitsmarktgage“ von einem Euro pro

geleisteter Mehrarbeits- bzw. Überstunde.

Dieses Geld könnte dann in die betriebliche Gesundheitsvorsorge fließen, um Menschen länger in Beschäftigung zu halten.

Danke für diesen Einblick in deine Tätigkeit und ein herzliches „Glück auf“ für deine gewerkschaftliche Zukunft!

LehrerInnen fragen

Brigitta Hawelka



Kinderbetreuungsgeld: Bezugs- höhe von Variante 1 bis 5

Veränderungen nach der ersten Wahl/Entscheidung sind nicht mehr möglich!

Variante 1		Variante 2		Variante 3	
30 Monate	36 Monate	20 Monate	24 Monate	15 Monate	18 Monate
ein Elternteil	beide ¹ Elternteile	ein Elternteil	beide ¹ Elternteile	ein Elternteil	beide ¹ Elternteile
€ 436 (dzt. 14,53 tgl.)		€ 624 (dzt. 20,80 tgl.)		€ 800 (dzt. 26,60 tgl.)	

¹ Eine Verlängerung bis maximal zur Vollendung des 36./24./18. LM des Kindes ist möglich, wenn der zweite Elternteil 6/4/3 Monate lang Kinderbetreuungsgeld beansprucht.

Variante 4		Variante 5	
Einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld Kein Anspruch auf Mehrkindzuschlag!		12 Monate	14 Monate
ein Elternteil	beide ¹ Elternteile	ein Elternteil	beide ¹ Elternteile
80% des letzten Nettoeinkommens mind. € 1.000; max. € 2.000 Zuverdienst bis max. € 5.800/Jahr		€ 1.000	

¹ Eine Verlängerung bis maximal zur Vollendung des 14. LM des Kindes ist möglich, wenn der zweite Elternteil 2 Monate lang Kinderbetreuungsgeld beansprucht.

Informationen:

Wr. Gebietskrankenkasse: 1070 Wien, Andreasgasse 3
Tel.: +43/1/601 22-14070, Fax: +43/1/601 22-1482
E-Mail: kckbg@wgkk.at, Internet: www.wgkk.at (Kundencenter Kinderbetreuungsgeld)

BVA: 1080 Wien, Josefstädter Straße 80
Tel.: +43/1/05 04 05, Internet: www.bva.at

LehrerInnen fragen

**Aufrecht gehn -
zusammenstehn**
Ihre Anliegen sind die unseren!
**Ihre FSG PersonalvertreterInnen
und GewerkschafterInnen**

Mangelware VolksschullehrerInnen



„Teilzeitarbeit bei LehrerInnen stieg um 25 Prozent“ Judith Balka
„Schulen leiden an Überforderungssyndrom“
„Zunehmende Belastungen der LehrerInnen am Arbeitsplatz“

Schlagzeilen wie diese sorgen für Diskussionsstoff in den Lehrerzimmern Wiens.

Keine wirklich neuen Erkenntnisse für betroffene VolksschullehrerInnen.

Setzen wir uns doch täglich mit unterschiedlichen Leistungs- und Sprachniveaus, Wahrnehmungsstörungen, Verhaltensauffälligkeiten, mangelnden Deutschkenntnissen, niedrigem Allgemeinwissen, Teilleistungsschwächen, Schulunreife, Seiteneinsteigern, Entwicklungsrückständen etc. auseinander.

Die Wiener VolksschullehrerInnen sind bereits darin geübt, heterogene Gruppen ohne zusätzliches Supportpersonal zu managen. Die Forderung nach Doppelbesetzung in der Grundstufe 1 wird in den Klassen immer lauter.

Die Flucht aus der „städtischen Volksschulklasse“ nimmt zu. KollegInnen wandern in die Bundesländer ab, bewerben sich an den Pädagogischen Hochschulen, streben Leiterposten an, suchen um Teilzeit an. Auch das Übernehmen einer Mehrstufenklasse oder Integrationsklasse sind Optionen – immerhin gibt es dort die Doppelbesetzung.

Die „Volksschul-Posse“ geht weiter, wenn man die Schlagzeilen diverser Wiener Bezirkszeitungen liest:

„Wien setzt auf optimale Rahmenbedingungen für Schüler, Lehrer und Eltern“

Ich wäre da eher für ein Job-Inserat wie das rechts:

Wollen Sie sich einen lang gehegten Traum verwirklichen? Dann kommen Sie zu uns!

Das wird von Ihnen erwartet:

- Nerven wie Drahtseile
- Unterrichts-Shows: besser als jedes Fernsehprogramm
- Qualifizierter Unterricht auch in Keller- und Abstellräumen
- Sportliches Dauertraining, um sich später auch als 70-jähriger/-jährige noch aus dem Teppichfliesen-Sitzkreis erheben zu können
- Grundkenntnisse als Sozialarbeiter, Seelsorger, Animator, Schiedsrichter, Sanitäter, Verwaltungsbeamter ...
- Eigenkapital in die Schule mitbringen
- Mit technischen Geräten von gestern die Schüler von heute auf die Welt von morgen vorzubereiten
- Blinder Gehorsam gegenüber Schulbehörde

Das wird Ihnen geboten:

- Steigende Schülerzahlen mit vielen Nationalitäten (Die Welt kommt zu Ihnen in den Klassenraum – wozu noch verreisen?)
- Jährliche Urlaubstage in Jugendherbergen in Begleitung aufgeweckter Kinder (Wozu die Nächte mit Schlaf vergeuden?)
- Action am Vormittag – jeder Tag birgt eine neue Überraschung!
- Gemeinsames Altern im Kollegium (Unser Motto: Weißt du noch – damals ..!)
- Garantierte Arbeitszeitverlängerung
- Sicheres Einkommen (Was nicht steigt, lässt sich mit Sicherheit kalkulieren.)

Interessiert? Dann bewerben Sie sich!

(Quelle: www.grundschulmarkt.de/ Verfasser unbekannt)

Freundschaft!



Auf einen Blick

Brigitta Hawelka



Eltern nehmen an einer Schulveranstaltung/ schulbezogenen Veranstaltung teil. Sind diese rechtlich abgesichert?

Ja! Es gilt das Amtshaftungsgesetz, wenn Eltern und andere geeignete Personen, die als Begleitpersonen zur Beaufsichtigung herangezogen werden. Es muss vorher auf die Vorschriften der Aufsichtspflicht hingewiesen werden. (Schulunterrichtsgesetz: § 44a)

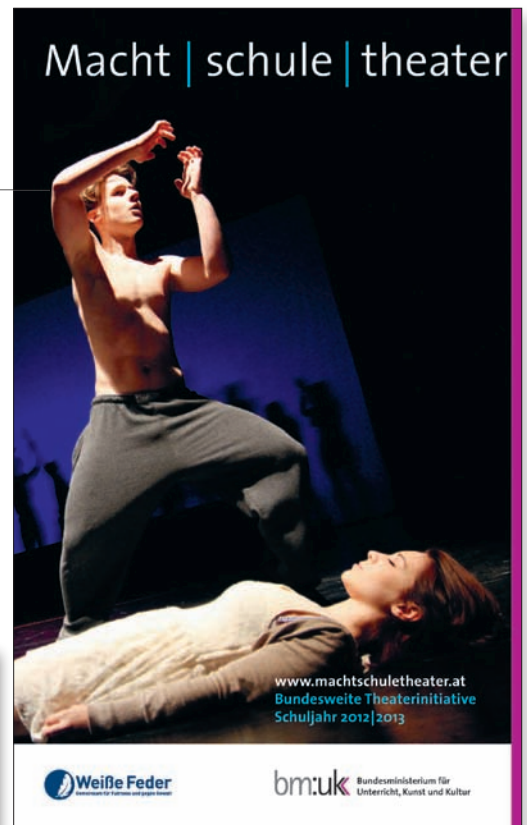
Was soll denn das Theater?

Bereits zum zweiten Mal stellten sich Schülerinnen und Schüler der NMS Hainburger Straße Theater gemeinsam mit Raphael Protiwensky-Schenk von Theater Selber Machen diese Frage. In mehreren Modulen mit verschiedenen Schwerpunkten haben sich die Jugendlichen mit dem Thema Gewalt auseinandergesetzt.

Gemeinsam mit zwei anderen Klassen aus dem SPZ Quellenstraße und der KMS

Leibnizgasse wurde dann überlegt, welche alltäglichen Konflikte immer wieder auftreten und wie die Welt wohl in der Zukunft aussehen könnte. So entstand das Stück „2050 - Alle Menschen sind gleich“, doch ob dann wirklich alle Probleme gelöst sind?!

Die Antwort fanden die anwesenden Zuschauerinnen und Zuschauer während drei Vorstellungen, darunter auch Ehrengäste



wie Dr. Claudia Schmied, Dr. Susanne Brandsteidl, HOBl. Brigitte Mörwald, Mag^a. Judith Stender, FI Dipl.-Päd. Claudia Ischepp, und Direktorinnen und Direktoren aus dem 10. und 3. Bezirk.

Die Jugendlichen kamen zu dem Schluss, dass Theater alle Beteiligten zum Nachdenken anregt und auf jeden Fall Spaß macht, auch wenn nicht immer alles hundertprozentig glatt läuft.

Das Projekt fand im Rahmen von Macht Schule Theater statt, das vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur gemeinsam mit Kulturkontakt Austria und DSCHUNGEL WIEN durchgeführt wird.

HD Reinhard Hartl

Presseausgang des BMUKK:

Macht|schule|theater: Ministerin Dr. Claudia Schmied bei der Premiere von „2050 - Alle Menschen sind gleich“

Drei Schulen und ein Theater erforschen spielerisch die Ursachen von Gewalt und Konflikten.

Wien (OTS/BMUKK) - „Ich bin begeistert vom Einsatz und der Ernsthaftigkeit der Schülerinnen und Schüler“, so Bundesministerin Dr. Claudia Schmied, die bei der Premiere von „2050 - Alle Menschen sind gleich“ am Abend des 17. April im Festsaal der Wiener Volksschule Jagdgasse persönlich anwesend war.

Die Theater-Performance ist das Resultat eines Workshops, an dem das Theater „Selber machen“, sowie SchülerInnen der Sonderschule Quellenstraße, der HS/KMS Leibnizgasse

und der NMS Hainburger Straße mitwirkten.

Dabei wurde gemeinsam versucht, Ursachen und Auswirkungen von Gewalt im Alltag sichtbar zu machen, sowie alternative Lebensmodelle aufzuzeigen.

„2050 - Alle Menschen sind gleich“ ist eine von 25 Produktionen die 2013 im Rahmen der von Bundesministerin Dr. Claudia Schmied ins Leben gerufenen Initiative „Macht|schule|theater“ erarbeitet und aufgeführt werden. Das Programm findet heuer be-

reits zum fünften Mal statt und wird vom BMUKK mit 462.000 Euro gefördert.

„Mir ist sehr wichtig, dass junge Menschen schon früh mit künstlerischer Aktivität in Berührung kommen, vielleicht sogar musische Talente entdecken“, sagt Dr. Claudia Schmied. „Der spielerische Zugang unter professioneller Anleitung eröffnet neue Sichtweisen auf menschliche Probleme. Indem die Jugendlichen Schreiben, Proben und Spielen lernen sie implizit, dass kreative Prozesse das Selbstbewusstsein fördern.“

Eine Besonderheit von „Macht|schule|theater“ ist, dass einmal jährlich alle Teilnehmer aus ganz Österreich zusammen kommen, einander kennen lernen und Ausschnitte aus ihren Stücken präsentieren. Heuer wird dies am 25. Juni 2013 im Museumsquartier stattfinden.

Aufführungen im Rahmen von „Macht|schule|theater“ sind bis zum 24. Mai 2013 in ganz Österreich zu sehen. Detaillierte Informationen zu Terminen, Programm und einzelnen Projekten unter www.machtschuletheater.at

Die Temperaturen steigen, die Konzentration lässt nach und ein gemeinsamer Abschluss des Schuljahres würde für die Klassengemeinschaft förderlich sein. Was für die betroffenen LehrerInnen einen erheblichen Organisationsaufwand, 24 Stunden Dienste, unaufhörliche Animation und persönliches Engagement bedeutet, sehen oft Außenstehende als Verlängerungen der Schulferien.

Mag. Astrid Donauer
Förderklassenlehrerin 18.IB

FOTOROMAN

Eine Idee entsteht...



Das ist eine SUPER Idee!
Genau das machen wir.
Ich kenne dort jemanden,
da bekommen wir für die
Kinder einen besseren
Preis, damit wir mehr
Geld für die Ausflüge
haben.

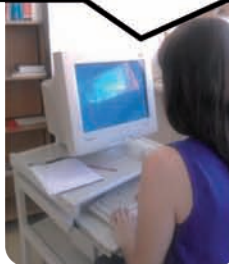
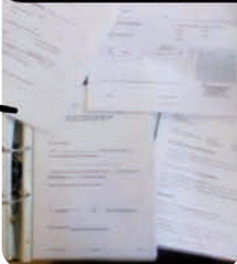
Dann geht es an die Umsetzung...



Eine
unbeschreibliche
Menge an ☹!

x-fache Angebote einholen: das billigste
Busunternehmen, kostengünstige
Aktivitäten, ein passendes Quartier...

... und ganz viel davon! Stundenlanges
Verhandeln, Schnorren, Betteln...



Damit man dann endlich mit den SchülerInnen eine Zeit außerhalb der Schule erleben und gestalten darf, die schlicht weg UNBESCHREIBLICH ist...

Heast ☹, sonst ☹! Frau Lehr'n den halt ich nicht aus.
Ich will nicht neben dem sitzen, sonst zuck ich aus!!!!

Simma
bald da?
Mir ist
schlecht
und ich
muss
mall



Schau, ist das nicht schön im Bus? Jetzt
sitzen wir doch nebeneinander, ich find
das schön, weil im Bus sitzen, also das
ist doch schön. Ich bin noch nie mit
dem Bus gefahren, das ist aber
spannend. Meine Mama sagt auch
immer...

Bitte, ich will das
nicht machen. Ich
hab das schon 100
Mal gemacht! Das ist
ur fad, ich fahr da nie
wieder mit. Wer will
das machen? Ich will
das nicht machen.
Sicher nicht!
Außerdem brauch ich
auch einen Helm,
sonst geht das gar
nicht.



Frau Lehr'n!
Frau Lehr'n!
Schauen Sie
einmal, ich
schau aus wie
Darth Vader,
oder? Zu mir
schauen sie
nie.

Die Mira hat
gesagt mein
Würstel stinkt.
Diese ☹! Die
bring ich um,
die kriegt von
mir sicher nix.



Das RAUCHT UR!
Wissen Sie überhaupt,
wie gefährlich das ist?

Meine Mutter hat gesagt, ich
soll mich nicht schmutzig
machen. Wenn was kaputt
ist, dann zahlen Sie das!

Lehrer möchte ich
auch sein! In
meiner Arbeitszeit
auf Urlaub fahren,
wo gibt's denn so
was? Die haben's
gut.



**...und es ist trotzdem ein unvergesslich
SCHÖNES Erlebnis!**

Ein großer Erfolg für die Polytechnische Schule!

Sabine, du bist Lehrerin der Polytechnischen Schule und im Moment besonders glücklich über die Entwicklung der PTS. Kannst du uns erklären warum?

Da die Polytechnische Schule vor einigen Wochen wieder einmal von den Medien abgeschafft wurde und meine Kolleginnen und Kollegen erneut verunsichert wurden, freue ich mich besonders über diese Entwicklung.

In der PTS wird bereits seit vielen Jahren durch engagierte Lehrerinnen und Lehrer hervorragende Arbeit geleistet, die leider wenig bis gar nicht gewürdigt wird.

Im BMUKK wurde nun gemeinsam mit der Schulaufsicht und ExpertInnen dieses Schultyps ein Rahmenmodell für einen Schulversuch entwickelt. Dieses Rahmenmodell wurde im Parlament auf Initiative von Bundesministerin Dr. Claudia Schmied allen Bildungssprecherinnen und Bildungssprechern der Parteien vorgestellt und von diesen begrüßt und befürwortet.

Dies bedeutet für uns einen parteiübergreifenden Konsens für die Attraktivierung und Weiterentwicklung der PTS und keinesfalls eine Abschaffung dieses Schultyps.

Welche Ziele werden damit verfolgt?

Das große Ziel ist die Attraktivierung der PTS im Hinblick auf die Berufsvorbereitung und Oberstufenqualifizierung. Die Schwerpunkte werden auf Individualisierung und Modularisierung, aber auch auf Persönlichkeitsentwicklung/Berufsorientierung und Soft Skills gelegt.

Durch dieses Schulentwicklungsprojekt soll die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft und die Zahl der Schul- bzw. Ausbildungsabbrecher gesenkt werden.

Besonders zu begrüßen ist, dass das bereits vorliegende bundesweite Rahmenmodell die Standortbedingungen berücksichtigt. Das heißt, dass wir spezielle und individuelle Bedürfnisse für Schülerinnen und Schüler in Wien einbringen können.

BIS-Interview mit Sabine Prohaska, Lehrerin der PTS 22, Vorsitzende der FSG Personalvertretung PTS

Welche Vorteile bietet dieser Schulversuch den Schülerinnen und Schülern?

In diesem Schulversuch wird besonders auf die Interessen und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler eingegangen und durch die Modularisierung werden unseren Jugendlichen im Fachbereich und in der Allgemeinbildung neue Möglichkeiten eröffnet.

Den Jugendlichen soll ein bestmöglicher Einstieg von der Pflichtschule in die Berufsausbildung bzw. eine weiterführende Schule ermöglicht werden.

lerinnen und Schüler, die es wollen und brauchen, ermöglicht werden. **Wir wollen in Zukunft keine Jugendlichen ohne Zukunftsperspektive aus unserem Schultyp entlassen, sondern eine weitere Hilfestellung bieten.**

Mit welcher Unterstützung können die Pädagoginnen und Pädagogen rechnen?

Die Umsetzung des Schulversuchs soll unter Einbeziehung der Pädagogischen



bildungsseminaren ist bereits in Arbeit.

Durch dieses Schulentwicklungsprojekt soll die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft und die Zahl der Schul- bzw. Ausbildungsabbrecher gesenkt werden.

Durch Spezialmodule können sie optimal gefördert und vorbereitet werden.

Auch auf die Persönlichkeitsbildung und die Stärkung sozialer Kompetenzen wird besonders eingegangen.

Gibt es längerfristige Ziele?

Wenn der Schulversuch gut läuft, soll im Rahmen der Weiterentwicklung der Schulversuchsarbeit auch die Erprobung der optionalen Zweijährigkeit ermöglicht werden.

Dies wurde ja bereits seit vielen Jahren immer wieder von den VertreterInnen der PTS gefordert, jedoch nie umgesetzt. Jetzt haben wir endlich die Chance, als weiteres Ziel dieses Schulversuchs, für unsere zukünftigen Schülerinnen und Schüler ein zweites Jahr zu entwickeln.

Dafür sind jedoch noch viele Überlegungen und Entwicklungen notwendig. Bis jetzt ist es leider nicht möglich bei positivem Abschluss der Polytechnischen Schule noch ein weiteres Schuljahr in diesem notwendigen Schultyp verbringen zu dürfen.

Er gibt verschiedenste Gründe für eine optionale Zweijährigkeit. Dieses Schuljahr soll für Schü-

lerinnen und Schüler, die es wollen und brauchen, ermöglicht werden. **Wir wollen in Zukunft keine Jugendlichen ohne Zukunftsperspektive aus unserem Schultyp entlassen, sondern eine weitere Hilfestellung bieten.**

Auch an eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und anderen Schultypen ist gedacht. Im Wiener Raum werden sich diesbezügliche Kooperationen wesentlich schwieriger gestalten als in kleineren Regionen der Bundesländer. Da werden viele intensive Gespräche notwendig sein.

News you can use!

Vienna Flight

Brigitta Hawelka



Flight simulation & Flight training – Are you ready to fly?

1. AIRleben Sie das Gefühl einen Airliner zu fliegen – in Österreichs einzigem Airbus A320 Fixed-base-Simulator.

Sie haben die fantastische Möglichkeit, einmal selbst PilotIn im Cockpit eines Airbus A320 zu sein – einem der modernsten Linienflugzeuge der Welt.

Preise: Erwachsene € 120,-- statt € 160,--

Kinder/Jugendliche € 97,-- statt € 130,-- (von 10 bis 18 Jahren)

2. Fühlen Sie sich wie ein echter Helipilot/eine echte Helipilotin im Bell 206 Jetranger Hubschrauber-Simulator.

Ob Städteflug, Alpenflug von Innsbruck zu einer einsamen Almhütte, vom JFDK New York zum Heliport nach Manhattan oder ein Safariflug in Afrika. Sie haben die Wahl!

Preise: Erwachsene € 119,-- statt € 159,--

Kinder/Jugendliche € 96,-- statt € 129,-- (von 14 bis 18 Jahren)

Ort: 1020 Wien, Schönngasse 15-17/2/3, U-Bahn-Station U2 Messe/Prater

Quelle: ÖGB cult & card

News you can use!

Geht der Schulversuch auch auf die Entwicklungen der Neuen Mittelschule ein?

Natürlich bauen wir in der Polytechnischen Schule mit kompetenzorientiertem Unterricht, Individualisierung und Differenzierung auf die NMS auf, auch die Umsetzung der neuen Form der Leistungsbeurteilung wird angestrebt, um den Abgängern der NMS gerecht zu werden.

Soll dieser Schulversuch bereits ab dem nächsten Schuljahr starten?

Ja, ab dem Schuljahr 2013/14 werden bereits österreichweit ca. 10 Pilotschulen diesen Schulversuch umsetzen.

In Wien wird die PTS 22, in der ich unterrichte, die Pilotschule sein, daher habe ich die Möglichkeit bei der Weiterentwicklung und Attraktivierung dieses Schultyps intensiv mitzuarbeiten.

Organisation und Planung müssen im Vorfeld und in Teamarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen erarbeitet werden. Viele bereits vorhandene Ideen müssen in ein Konzept gefasst werden, da liegt noch jede Menge Planungsarbeit bis Schulschluss vor uns.

Wir sind schon sehr gespannt, wie dieses Rahmenmodell in unserer Schule bei den Jugendlichen und Eltern Anklang findet. Nach diesem Jahr kann ich euch dann mehr berichten.

Du bist auch Personalvertreterin. Welche Hoffnungen bzw. welche Erwartungshaltungen kannst du deinen Kolleginnen und Kollegen mit auf den Weg geben?

Diese Reform unserer Polytechnischen Schule ist endlich eine Chance, unsere Arbeit und unseren täglichen Einsatz unter Beweis zu stellen.

Wir müssen mit der Zeit gehen und auch der Öffentlichkeit zeigen, was wir für die Jugendlichen und mit den Jugendlichen leisten. Bis jetzt wurde der Einsatz der Lehrerinnen und Lehrer für unsere Schülerinnen und Schüler viel zu wenig publiziert. Unter anderem kann durch die in der Reform geforderte Zusammenarbeit mit der Wirtschaft die Arbeit, die an den Schulen geleistet wird, transparent gemacht werden.

In den nächsten Jahren wird auch die Öffentlichkeit anerkennen müssen, dass sich die Polytechnische Schule weiterentwickelt hat, zeitgemäß ist und einen notwendigen Schultyp darstellt.

Qualitätssicherung? Nachhaltigkeit? Politische Verlässlichkeit?

Wissen Sie noch, was am 13. Mai 2003 passierte?

Erinnern Sie sich noch an die damalige Demonstration gegen die Pensionsreform?

Eine Demonstration bei Hagel, Sturm und sintflutartigen Regenfällen - und viele gingen damals vom Westbahnhof Richtung Heldenplatz zur Schlusskundgebung!

Viele haben damals flammende Reden gehalten von Raubbau an der arbeitenden Bevölkerung, von Ausbeutung, . Unter anderem auch ein hoher Gewerkschafter, Herr Fritz Neugebauer, hat genau in diesem Sinne auf dem Heldenplatz eine flammende Rede gehalten!

Der Politiker Fritz Neugebauer hat dann im Parlament zugestimmt, nach dem Hineinverhandeln der Deckelung des Verlustes von 10%.

Uns wurde von der damaligen Koalitionregierung weis gemacht, dass unser Pensionssystem (das Umlageverfahren) nicht mehr effizient genug sei, dass man das Pensionssystem umstellen müsse, auf 3 Säulen errichten müsse, um die künftigen Pensionen sichern zu können.

Diese 3 Säulen sollten so ausschauen:

- Die staatliche Pension
- Die Pensionskasse
- Die private Vorsorge (damals bekam man zur priva-

ten Vorsorge noch 9% staatlichen Zuschuss)

Was ist davon übrig geblieben?

Die staatliche Pension wurde noch einmal verschärft, Kürzungen bei verfrühtem Pensionseintritt erhöht und die Durchrechnung erweitert.

Doch nun zur 2. Säule, die mittlerweile enorm bröckelt:

Der Staat zahlt für jeden Staatsdiener 0,75% in diese Kasse ein. Diese hatte laut Gesetz zu Beginn dieser Regelung (2003!) 7% Gewinn zu erwirtschaften!

Wie kann man das bewerkstelligen? Indem man mit dem Kapital spekuliert!

Bald merkte man, dass die Gewinnspanne etwas zu hoch angesetzt war und still und heimlich reduzierte man die Gewinnsumme - und das gleich mehrmals.

Und dann kam der große Börsencrash! In jenen Länder, in denen nur auf eine Pensionskassenregelung gesetzt wurde, verloren die Menschen ihre Pensionen oder diese wurden so drastisch gekürzt, dass es nicht einmal mehr für das Existenzminimum reichte.

Warum passiert das so? In der Pensionskasse gibt es keine Kapitalgarantie. Bis vor kurzem war es auch noch so (trotz Aktienverfall), dass das Geld in Aktien anzulegen war. Erst seit neuestem gibt es Auflagen, dass zumindest ein Teil des Geldes fix angelegt werden muss.

Dann gibt es auch noch die sogenannte Sterbetafel. Wird das statistische Sterbealter erhöht, bedeutet dies für die Pensionskasse eine statistisch längere Auszahlung und es vermindert sich entsprechend die Pension. Im Fall eines Großbetriebes hat sich die Zusatzpension innerhalb von 10 Jahren halbiert! Das heißt aber auch, dass man nicht mit einer fixen Summe aus diesem Bereich während seiner Pension rechnen kann.

Es erübrigt sich nun die Frage, die immer wieder gestellt wird. Soll ich das Angebot der Pensionskasse nutzen, ebenfalls bis zu 0,75% in der Pensionskasse ansparen?

Und was ist mit der privaten Vorsorge?

Auch hier hat sich in der Zwischenzeit der staatliche Zuschuss von 9% (2003) auf 4,5% reduziert.

So viel zur „Nachhaltigkeit“ von politischen Vorhaben.

Andrea Masek



13. Mai 2003: Demonstration gegen die Pensionsreform

Die **FSG-Teams** der Bezirke verteilen den **Wiener LehrerInnenkalender** und den **ÖBV Schulplaner...**



Hab eine Frage:



Wird, wenn ich in die Schule komme, immer noch ein unfaires Dienstrecht dafür sorgen, dass es unter LehrerInnen eine Zweiklassengesellschaft gibt?

...bis Mitte Juni an alle LehrerInnen Wiens!